

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N. 57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher Amt Lützow Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-  
bezugspaus  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
postreturansufte Nr. 3164

Inhalt: Arbeitsverträge der Arbeitgeber des öffentlichen Rechts und des Privatrechts (1) — Ein Rotschrei königlich-preussischer Wasserbauarbeiter. — Freier Verband oder „christliche“ Arbeiterkassen? — Die neue Arbeitsordnung in Arefeld. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Wasserbauarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes. — Feuilleton: Die Erfindung der Dampfmaschine.

Arbeitsbrüder entziehen. Hat Herr Stadtrat Gleich wohl jemals unter den Nichtorganisierten einen einheitlichen Willen, eine zum Verhandeln geeignete Instanz gefunden? Heißt es nicht geradezu den Stopp in den Sand stecken, wenn man bei dem Antraben unserer Organisation auf 51000 Mitglieder unsere Kompetenz zum Abschluss von Tarifverträgen mit den Stadterwaltungen bezweifelt?

## Arbeitsverträge der Arbeitgeber des öffentlichen Rechts und des Privatrechts.

In einer ganzen Reihe von Krisen ist der Standpunkt unserer Organisation zu Tarifverträgen nützlich behandelt worden. In Berlin und München sind die Verhandlungen noch in der Schwebe und wir hatten nicht die Absicht, vor endgültigem Ablauf dieser Bewegungen erneut zur Debatte Stellung zu nehmen. Eine „antiachtliche Aufhebung“ des Frankfurter Stadtrats Dr. Gleich, W. d. L., die in Nr. 20 der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht wird, nötigt uns zu einigen Nachträgen. Doch lassen wir zunächst einmal die recht seltsame Einleitung von Dr. Gleich folgen:

In neuerer Zeit ist die Forderung erhoben worden, daß die Stadterwaltungen wegen der Arbeitsbedingungen der hiesigen Arbeiter Tariftverträge mit den Arbeitern oder den diese vertretenden Verbänden schließen sollten. Man wird zunächst vielfach die Frage stellen, ob denn eine Stelle vorhanden ist, mit der die Gemeinde Tariftverträge zustande bringen könnte? So nämlich, Verbände zu bilden, die in der Lage wären, die Gesamtheit der hiesigen Arbeiter, insbesondere die Nichtorganisierten oder die anderen Organisationsangehörigen zu vertreten? Bei den hochgestellten Beamten, die heute zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen stehen, je nach den politischen Parteien, auf die sie sich stützen, kann man kaum eine einzige Arbeiterorganisation noch beanspruchen, die „Arbeiter“ zu vertreten; jede vertritt nur ihre „Genossen“ und nicht daher das hiesige Volkstum bei den anderen. Immerhin können vielleicht, ohne diese Frage zu verahren, einige Bemerkungen in prinzipieller Art gemacht werden.

Dazu haben wir nur Stichworte, daß unser Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter in den größeren Städten 40 bis 85 Proz. aller beschäftigten Arbeiter in seinen Reihen zählt. Damit sind wir ein Tarifkontrakt, der es wohl zu Beginn einer Tarifgemeinschaft selten ein Verband war!

Aber was soll auch der Hinweis eines Fortschritts? Wenn Dr. Gleich auf die Nichtorganisierten? Die Unterorganisierten und ihre politischen Helfer (sozialistische, Nationalliberale usw.) erblicken freilich in jedem Nichtorganisierten ein ganz besonders kostbares Ausbrenntum. Aber ein Fortschrittler, der doch nicht mehr den Sozialliberalismus des vorigen Jahrhunderts als höchste Weisheit ansieht, kann sich unmöglich der Tatsache verschließen, daß die Unorganisierten gerade in hiesigen Betrieben nur aus Mangel vor Mangelnahme Sorge zu nehmen haben, während bei anderen noch anderen Eigenschaften sich der allgemeinen Solidarität ihrer

und nun gar von den „verschiedenen Arbeiterorganisationen“ in diesem Zusammenhang zu reden, ist vollends deplaziert. Wohl in keiner anderen Industriezweig ist die Organisation so wenig mannigfaltig als in den hiesigen Industrien. Die „Christlichen“ haben sicher in ganz Deutschland noch keine 3000 Mitglieder in städtischen Betrieben, die sich noch dazu (außer in zwei bis drei Orten) in verschwindend kleinen Häuflein verteilen.

Und die „Hirische“, um die es wohl Herrn Dr. Gleich besonders zu tun sein mag, haben, außer in der Berliner Straßenreinigung mit 500 bis 600 Mann, überhaupt nur kleine Organisationsplitter an ein paar Orten. Dabei noch am Rande vermerkt sei, daß einzig der „Terrorismus“ der Vorarbeiter und Aufseher bei der Berliner Straßenreinigung es zuwege bringt, daß sich die Hirische halten. Außerdem spielt auch hier der mangelnde Speerwurf (höchstlich niedrige Beiträge bei den „Hirischen“) eine wenig erhebende Rolle.

Herr Stadtrat Gleich mag also diese Frage einmal näher studieren. Er kann sich durch unsere Gauleitung oder auch beim Zentralvorstand das einschlägige Material leicht beschaffen und wenn er nicht unheilbar an „besonderer Sympathie für Unorganisierte“ krank (welche Krankheit neuerdings ziemlich epidemisch auftritt!), so wird er zusehen müssen, daß unsere Organisation einen so erheblichen Prozentatz hiesiger Arbeiter umfaßt, daß wir gewiß tariffähig sind.

Hören wir nun die Bedenken zum Tarifvertrag, die „prinzipieller Art“ sein sollen. Dr. Gleich schreibt:

Der Tarifvertrag Arbeitsnormenvertrag ist zweifellos ein Mittel, das geeignet ist, die schwächere Partei im Arbeitsvertrag zu stärken und so die Entwicklung des Arbeitsverhältnisses zu einem nützlichen Rechtsverhältnis zu fördern. Die Frage ist nur, ob dies Mittel für die Arbeitsverträge in öffentlichen Betrieben die gleiche Bedeutung hat wie für diejenigen in Privatbetrieben? Öffentliche Betriebe besitzen dadurch, die Arbeiter sollen und wollen bei ihnen dauernde Stellung haben. Privatbetriebe werden verlagert, ändern den Betrieb, gerät ein. Die Arbeiter rechnen darauf, sich verändern zu müssen, und wollen den Arbeitgeber eb und zu wechseln. Öffentliche Betriebe können und sollen also auf lange Zeit berechnete Arbeitsbedingungen geben, mit ihren Arbeitern in enge Beziehung treten, das Verhältnis beiderseitig gehalten (Vorbereitung und langere Urlaub nach dem Dienstalter; Minderzahlung; Wundereigenschaften erwerben und besondere Pflege der Arbeiter; Gesundheits-, Alters-, Invaliditäts-, usw. Versicherungen). Bei privaten Betrieben hat all dies anders, wie das ja bekannt ist, das Verhältnis ist ein anderes; mit den Schwankungen im Wirtschaftszustand des Landes, und es werden Entlassungen vorgenommen, zu denen der öffentliche Betrieb nicht so leicht schreiten darf. Der



Der Erfahrenste, der Tüchtigste kann diesen Festen ausfüllen. Geduldet wird, wie gesagt, dort niemandem etwas! Haben die Vorarbeiter aber immerhin noch den Vorteil, ununterbrochene Beschäftigung zu haben, so tritt für die übrigen Arbeiter, je nachdem wie die Günst des Wetters ist, eine Unterbrechung der Arbeit und damit auch Zeiten der Verdienstlosigkeit ein. Im Winter sowohl wie bei anstehendem Hochwasser werden die Arbeiter sofort entlassen. D. h. jetzt, früher war man auch in dieser Hinsicht sozialer denkend und ging nicht so rüchichtslos vor, indem man damals die Arbeiter, solange es irgend möglich war, hielt und mit anderen Mitteln beschäftigte. Sonntags, und bei Hochwasser auch des Nachts, müssen die Vorarbeiter und Hilfsarbeiter in erster Linie die Wochen übernehmen. Für eine Sonntagswache d. h. für den vollen Tag, wird das jährliche Honorar von 2 Mt. gezahlt, das ein wenig mehr als für die Arbeit an einem Wochentage! Für eine Nachtwache wird sogar nur ein Trinkgeld von 0,60 Mt. bezahlt! Es kommt vor, daß ein solcher Wochentag im härtesten Sturm mit bei Hochwasser 5 bis 6 Röhren und noch 5 Handlöhne zu verdienen hat. In späterer Nacht, ob Sturm, ob Regen, muß er darauf achten und ist verantwortlich dafür, daß die ihm anvertrauten Fahrzeuge keinen Schaden erleiden und sich nicht inselbständig und unkontrolliert treiben! Eine Arbeit, für deren Veranlassung je nach den Umständen 2 bis 3 Mann gehören, wird einem einzelnen zugeworfen. Im Herbst erst ist ein Vorarbeiter, sein Name steht auf der Liste, über Nacht verschwunden, kein Mensch mehr da. Erst nach längerer Zeit wurde sein Verbleib angegeben. Daß nach dem man ihn aus dem Wasser, es fehlten ihm Weid und seine Erden! Wie es gekommen ist? Na, wer will das mit Bestimmtheit sagen? Es kann ein Unfall, es kann auch ein Raubüberfall vorliegen! Nur soviel ist sicher, wären 2 Mann auf der Wache gewesen, wäre der Fall wohl kaum passiert, zum mindesten hätte man den wirklichen Vorgang ermitteln können! Auch mit dem sonstigen Arbeiterschutz ist es höchst mangelhaft bestellt. Es gibt Strecken, wo die Arbeiter bis zu 10 Kilometer laufen müssen, um zu einem Unterkunftsraum haben wollen, der ihnen die Möglichkeit bietet, sich etwas Wachen zu können. Und was für Räume sind das? Eine einfache Bretterhütte, die gegen die Unbill des Wetters nur mangelhaft schützt, 2 Meter breit und 3/2 Meter lang. Hier sollte man noch eine ganze Reihe von Vorarbeiten anführen, nur wollen es für heute hierbei beenden lassen und wollen abwarten, ob und was die Königl. Preussische Wasserbauverwaltung tun wird, um für die Zukunft derartige Kränkchen unmöglich zu machen.

Das bleibt ja alles, wie es ist, höre ich da eingeleitete Schmeicheleier sagen. Wenn da die Arbeiter und Vorarbeiter nicht mit dem Hand ans Werk legen, nicht selber ein kräftiges Wortlein sagen und vor allem sich einer Organisation anschließen, wird ihr Schicksal ungerührt verhallen, denn derartige Fragen sind keine Selbstfragen, es sind Nachfragen! Gut gesagt, lieber Freund! Und hier möchten diese Arbeiter auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam, und wir können mit unserem guten Ratioschlag zuhelfen! Wie? Nun, die Wasserbauarbeiter sind bereits „organisiert“, und zwar in einem Verbände mit einem äußerst langen Namen, er heißt sich: „Verband der Hilfsbediensteten, Sondervorwerker und Arbeiter der Königl. Elbflottilleverwaltung, Sitz Magdeburg“.

Erkennt darüber, daß dieser Verband für die Beschäftigung einzelner Arbeiter noch gar nichts getan habe, sagten meine Gewerksamänner auf meine dahingehende Frage: „So, solche Aufgaben hat unser Verband nicht zu erfüllen, denn die hat er sich gar nicht gestellt! Immer neugieriger geworden, ließ ich mir ein Mitgliedsbuch dieser merkwürdigen „Pensionsorganisation“ zeigen, und siehe, die Leute hatten recht, darin stand: Der Verband hat die Aufgabe, die Mitglieder zur Pflege vaterländischer Gesinnung anzubahnen! — Ich mußte genaug! Die „vaterländische Gesinnung“ oder wenigstens was man in den herrschenden Kreisen darunter versteht, die mit den Wasserbauarbeitern in der Tat ist, wenn sie es erleben wollen, daß ihnen noch weitere Abzüge bezahlt werden, denn der „Vater Staat“ braucht jetzt unheimlich viel Geld! Darum heißt es: sparen, sparen, sparen an den Arbeitslöhnen der staatlichen Arbeiter! Schnell die Verordnungen erlassen, falls das Amtland den Wagen nicht fällt! Aber die „Gesinnung“, die eben maßgebend vaterländische Gesinnung, die muß man reichlichlich Wasse behalten; es könnte sonst die Zeit kommen, wo ihr wirklich mit Hand ans Werk laget, um die Zustände in unserem Vaterlande so zu gestalten, daß auch die Wasserbauarbeiter ein Jahr Ferienland sein könnten.

Der Redakteur an der Elbe.

### Freier Verband oder „christliche“ Sterbekasse?

Während innerhalb der freiorganisierten Arbeiterschaft der Gedanke der Verschmelzung einzelner Verbände immer mehr Fuß faßt und auch schon gute Früchte getragen hat, gründen die Zentrumschritten neue Zentralverbände. Seit Januar dieses Jahres sind die Gemeindegewerkschaften und Straßenbahner von dem christlichen Verband der Hilfs-, Transport- usw. Arbeiter getrennt und bilden nun den Zentralverband der Gemeindegewerkschaften und Staatsarbeiter, Sitz Köln. Daß dieses Neugeborene eine mächtige Propaganda entfaltet, ist weiter nicht verwunderlich, nur das Rezept ist neu, mit dem man auf den Mitgliederfang geht und die durch die Vorkommnisse der letzten Zeit im christlichen Lager kopierten Gewerkschaften zu halten versucht. Große und kleine Agitatoren des neuen Zentralverbändchens gehen mit der Höhe der Unterstellungen treiben, wobei insbesondere die Höhe des Sterbegeldes in der reichlichsteinsten Weise angepriesen wird. Selbstverständlich mit dem Hinweis, daß der „sozialdemokratische“ Gemeindegewerkschaften nicht „so“ leistungsfähig sei. Kurz, die reinste Schmeicheleierkunst. Es trifft allerdings zu, daß wir nicht so hohe Sterbegeldleistungen zahlen, betrachten wir doch die Unterstellungen nicht als den Hauptzweck unserer Organisation.

In erster Linie sind wir Kampforganisation, die ihre Gelder dazu anwendet, wenn alles Verhandeln auf gutlichem Wege scheitert, mit dem letzten Mittel die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erzwingen. Eine Organisation, die auf dieses letzte Mittel verzichtet oder nicht beizugehen dafür sorgt, einen Streikschabaz zu schaffen, hat keinen Anspruch, als Gewerkschaft angesehen zu werden. Unter Münchener Verbandsratag hat ohne Zweifel die Situation richtig erfaßt und die Mitgliederschaft dem Beschlusse volles Verständnis entgegengebracht. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Bei alledem braucht man nicht einmal mit dem Gedanken eines eventuellen Streiks zu leben. Wir ziehen immerhin eine friedliche Lösung vor, und die Tarifverhandlungen in den letzten Wochen im Holzgewerbe haben gezeigt, daß die freiorganisierte Arbeiterschaft volles Verständnis für eine friedliche Lösung fruchtbarer Punkte bringt. Aber es kann auch anders kommen, und gerade die häßlichsten Arbeiter wissen ein Lied zu singen von der Hartnäckigkeit, die manche Verwaltung den bescheidensten Forderungen ihrer Arbeiter entgegenstellt. Wir müssen daher gewappnet sein, um im entscheidenden Augenblick den letzten Trumpf ausspielen zu können.

Aber noch eins kommt in Betracht. Neben unseren Forderungen auf Ausbesserung der Lohnverhältnisse, vielleicht noch höher als diese, steht die kulturelle Forderung auf Fortführung der Arbeitszeit. Mit Säben und Klauen wehren sich Sachverwaltungen und Unternehmern, in dieser Frage den Arbeitern entgegenzukommen. Ein Beispiel, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann, spielt sich dabei ab. Die Stadtverwaltungen berufen sich auf das Unternehmertum, und dieses wiederum auf die Stadtwirtschaft. Ein Schulbeispiel bieten die Vorkommnisse in Köln gelegentlich der Bewegung unserer dortigen Kollegen zwecks Fortführung der Arbeitszeit. Wir berichteten darüber näheres in Nr. 8 der „Gewerkschaft“. Wenn diese Art Abwägung der Forderung auf verkürzte Arbeitszeit Schule machen sollte, würde es ausgeschlossen sein, daß die Arbeiter sowohl der häßlichsten als auch der prävaranten Petrie jemals in den Genus einer kürzeren Arbeitszeit gelangen. Die Arbeiterschaft muß sich daher rüsten, im gegebenen Augenblick den 9. resp. stündigen Arbeitstag zu erzwingen. Das ist die Aufgabe der freien Gewerkschaften, im Gegensatz zu den „Christen“, die schon längst auf jeden gewerkschaftlichen Charakter verzichtet und nur noch dem Aufbau nach Gewerkschaften sind.

Den Vortrag, den der Abg. Schirmer anstellte, daß die häßlichsten und Staatsarbeiter keines Streikrechtes bedürftig, hat anheimelnd auch der christliche Gemeindegewerkschaftenverband, Sitz Köln, zu dem seinen gemacht. Darum die größte Mißkennung, insbesondere der Kölner Ortsgruppe, mit den Sterbeunterstellungen. Die Christen wissen, daß sie für jeden denkenden, nicht zentralistisch orientierten Arbeiter als Gewerkschaft nicht mehr in Betracht kommen. Deshalb verfügen sie sich darauf, mittels des in Aussicht gestellten Sterbegeldes ihren Anhang zu halten. Aber nur solche werden sie für sich gewinnen, die aus egoistischer Berechnung heraus auf die Sterbepremie rechnen, im übrigen aber zu denen gehören, die, ohne Scham zu empfinden, die Früchte einheimischen, welche die freiorganisierte Arbeiterschaft unter Aufbringung großer Opfer erkämpfte.

Die Entwicklung, die der christliche Gemeindegewerkschaftenverband nimmt, wird der der gesamten christlichen Bewegung gleich sein: Er wird zum Spinnweb des kulturellen Aufstiegs der häßlichsten Arbeiter.

Stn.



anderen Verhältnisse. Vor allem sind jetzt in allen städtischen Betrieben einheitliche Bestimmungen vorhanden. Es wird nun Sache der organisierten Arbeiterschaft sein, die noch nicht berücksichtigten Wünsche zur geeigneten Zeit der Verwaltung wieder zu überreichen. Während dieser Zeit muß die Organisation geradeaus ausgebaut werden, um den etwa zu stellenden Forderungen im nötigen Maßdruck entgegen zu können. Daran mitzuarbeiten ist Aufgabe eines jeden Kollegen.

**Aus Politik und Volkswirtschaft**

**Vom Reichstag.**

Berlin, 22. Februar 1913.

Nach die Verhandlungen dieser dritten Rednerwoche wiesen alle Merkmal wie die der vorhergehenden Wochen auf: Versplitterungen und lauter Einzelheiten. Es ist ja so sein. Denn nur das Eindringen bis in die Einzelheiten ist selbst schmerzlichen Momenten eines Persepolisbesuches nicht Fortschritt und Verbesserungen. Nur aus strengsten liegt auch das Rechte, aus viel Einzelarbeit ein Erfolg und eine Reform zusammen. Das was gerade niemand aus eigener Erfahrung weiß als der Arbeiter, dessen schäblicher Beruf sich in lauter Einzelheiten, oft leider in sehr schiefen Handgriffen verliert; und was auch für gerade auf einen ein der ganze Zeitraum anderer Arbeit stellen muß!

Am Ende sah zu Anfang der Woche noch Herr Kraefke, der Staatssekretär des Reichspostamts, mit seinem Vize von Reichstag auf der Tribüne der Reichstag. Und wieder machte es den ersten Eindruck, Ländle, Gesehnde. Das kommt alles aus einer einzigen Ursache, daher nämlich, daß man die Zeit nicht in erster Linie um ihrer selbst, sondern um der Reichsorganisation willen benutzte. Man nennt es mit dem gleichen Worte: Disziplin. Der Disziplin, d. h. der Disziplin, liegt hinter dem ganzen Fortschritt und besteht von in Geld, Geld, Geld. Am Ende sah die Reichsorganisation zur Förderung der Arbeiter und Angehörigen der Zeit, zur Beibehaltung der Reichsorganisation für das Parlament und zur Einführung der Reichsorganisation benutzte werden, machen sie in erster Linie aus Reichsorganisation werden, um den Reichsorganisation zu sein. Das Reichsorganisation ist uns in Deutschland

schon jetzt mehr als eine Milliarde Mark jährliches Futter und wird bald noch eine Viertelmilliarde mehr zum Verzweigen dazu verlangen.

Auf die Post folgte die Verwaltung der Reichseisenbahnen. Wir haben solche eigentlich nur in Elsaß-Lothringen, das ja bekanntlich Reichsland ist. Alle übrigen Bundesstaaten haben und verwalten ihre Eisenbahnen selbst; die Eisenbahnen gehören daher, wenigstens im eigentlichen und engeren Sinne, in erster Linie in die Landtage der Einzelstaaten. Daneben aber besitzt das Reich ein Reichseisenbahnamt, das mit der Verwaltung der elsass-lothringischen Bahnen verbunden ist, aber andere Aufgaben als diese hat. Das Reichseisenbahnamt ist eine Art Aufsichtsbehörde über sämtliche Eisenbahnen im Deutschen Reich, es hat darüber zu wachen, daß die einzelnen Eisenbahnverwaltungen der Bundesstaaten die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung halten, daß ferner die Sicherheit auf den deutschen Eisenbahnen gewährleistet ist, und schließlich steht ihm auch die Kontrolle über die Frachttarife zu. Das Reichseisenbahnamt ist also so eine Art oberste Eisenbahnaufsichtsbehörde — aber nur auf dem Papier. Denn in Wahrheit hat sie, obwohl sie schon 43 Jahre besteht, noch so gut wie nichts zu sagen. Schuld daran trägt auch hier Preußen. Das preussische Eisenbahnamtamt tut, was es will, und hält nur mehr oder weniger formelle und untergeordnete Beziehungen zum Reichseisenbahnamt. In Wahrheit kommandiert nicht der Präsident des Reichseisenbahnamts, Herr Waderzapp, sondern der preussische Eisenbahnamtminister, Herr von Preußenbad. Herr Waderzapp ist eigentlich nur „der junge Mann“ jenes anderen. Die ganze Eisenbahnpolitik Preußens aber geht schließlich, so sehr das auch immer geleugnet wird, darauf hinaus, die Eisenbahnen der übrigen, kleineren Bundesstaaten von Preußen abhänig zu machen; es zeigt sich also hier genau dasselbe Streben Preußens, wie auch sonst auf allen anderen Gebieten: in Deutschland soll Preußen herrschen, und zwar das Preußen der ostelbischen Junker, die ja bekanntlich wieder in Preußen herrschen. Um dem entgegenzutreten, ist schon immer und immer gefordert worden, daß die Eisenbahnen Reichsangelegenheiten werden möchten. Aber daran ist bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen so wenig zu denken, daß vielmehr über alle deutschen Bahnen preussisch werden. Mit den Preußen ist das ja bekanntlich schon so gekommen; die sind durch die sogenannte preussische Eisenbahngemeinschaft schon heute so gut wie in den Händen Preußens. Auch in diesem Jahre dechten sich die Verhandlungen, wenn auch unausgesprochen, wieder um dies letzte Problem.

Der Höhepunkt dieser Woche bildete eine sehr interessante Debatte am Mittwoch. Nicht als ob da lauter Besätze zu

**Die Erfindung der Dampfmaschine.**

Von H. Wolff-Friedmann.

II. (Nachdruck verboten.)

Obwohl den beiden Handwerksmeistern Newcomen und Savery von Gelehrten und Technikern von dem Unternehmen eine entschiedene Absacration wurde und obwohl diese die Idee und die Maschine Savarys als vollständig wertlos und unbrauchbar bezeichnet, ließen sich die beiden wackeren Handwerker doch nicht beirren, sondern machten sich mutig an die Ausführung ihres Planes. Newcomen stellte in seiner Schmiede unter Beihilfe seines Freundes Carnley das Modell einer neuen Maschine nach den Ideen Savarys her. Scharfen Blickes hatte er erkannt, daß ein großer Fehler der Savaryschen Maschine darin bestand, daß der Zylinder sowohl dazu diente, den Dampf zu erzeugen, wie ihn auch wieder abzukühlen. Hierdurch wurde die Funktion der ganzen Maschine erschwert und aufgehalten. Newcomen suchte diesen Fehler mit bestem Erfolge bei seiner Maschine dadurch zu beheben, daß er den Dampf in einem besonderen mit dem Zylinder verbundenen Kessel erzeugte und ihn von hier aus in den Zylinder führte, eine Anordnung, die sich als außerordentlich zweckmäßig erwies und die Funktionen der Maschine nicht nur erleichterte, sondern auch ausnehmend wesentlich beschleunigte, indem sie sich diese Ausführungsform durch ein Patent gesichert hatten, anfangs die beiden Freunde daran. Maschinen ihrer Bauart wurden für praktische Arbeitstunde herzustellen. Anfangs hatten sich jedoch hierbei ebenfalls große Schwierigkeiten zu beheben, weil die Industriellen nicht glaubten, daß einfache Handwerker eine brauchbare Kraftmaschine herzustellen imstande waren, an deren Herstellung sich die hervorragendsten Gelehrten und Techniker oftmals scheitert hatten. Endlich entschied sich im Jahre 1712 der Kolbenbauwerksmeister Wad aus Wolverhampton den beiden Freunden die Maschine in Auftrag zu geben. Die sollte sie sich benutzen sollte zum Auspumpen von Grubenwasser benutzt werden sollte. Der Verbesserung abdrückte technischer und sinnlicher Erfindung in der Maschine die beiden Meister die Maschine fertig, die dann in dem Verwerk Wads aufgestellt wurde und hier ihre Aufgabe löste. Die Maschine arbeitete raschrecht, wenn zunächst auch nur

langsam. Nach einigen Tagen machte man jedoch die ebenso merkwürdige wie erfreuliche Entdeckung, daß die Maschine plötzlich ganz bedeutend schneller lief, d. h. mehr Kolbenstriche als vorher in der Minute ausführte. Die Ursache dieser Erscheinung fand man bei näherem Zusehen darin, daß durch ein kleines Loch in dem Kolben etwas von dem Kuhlwasser in den Zylinder gelangte und hier die Abkühlung des Dampfes wesentlich schneller bewirkte, als es durch bloßes Aufgießen des Kuhlwassers auf die Außenwände des Zylinders möglich war. Selbstverständlich machte man sich diese zufällige Entdeckung sofort zunutze, indem man eine Vorrichtung anbrachte, durch welche das Kuhlwasser von jetzt an immer in den Zylinder eingespritzt werden konnte. Mit dieser Verbesserung war die Leistungsfähigkeit der Maschine mit einem Schlag ganz bedeutend erhöht, so daß sie jetzt imstande war, 8 bis 10 Kolbenstriche in der Minute zu machen.

Eine Dampfmaschine der Newcomenschen Konstruktion ist in Figur 2 dargestellt. Hier ist A der Zylinder, der auf einem Ballengerüst fest aufgehängt ist. Unter ihm befindet sich über der Feuerung der Dampfessel B, in welchem der Dampf erzeugt wird und der durch ein Rohr mit dem Zylinder verbunden ist. Die auf- und abgehende Bewegung des Zylinderkolbens wird durch eine Kettenverbindung auf den starken Balancier C übertragen, an dessen anderem Ende ein großes Gewicht angehängt und des weiteren das Gestänge E angebracht ist, das an ein Pumpwerk (in der Zeichnung nicht vorhanden) anschließt und dieses in Bewegung setzt. Außerdem ist noch eine kleine Pumpe F vorhanden, welche dazu dient, das erforderliche Kuhlwasser in den Behälter H zu befördern, von wo es durch ein Rohr I in den Zylinder gelangen kann, um die Abkühlung des Dampfes zu bewirken, worauf es durch das Rohr M wieder aus dem Zylinder fortgeleitet wird. Die beiden Säbne L und K dienen dazu, um das Einströmen des Dampfes wie auch des Kuhlwassers zu regulieren. Angenommen nun, der Kolben befände sich am unteren Ende des Zylinders, so wird der Säbn K geschlossen, L dagegen geöffnet, so daß Dampf aus dem Kessel B in den Zylinder treten kann. Weht jetzt der Dampf auf den Kolben einen Druck aus, der ebenso groß wie der äußere Luftdruck, so wird der Kolben durch das an dem Balancier wirkende Gewicht D in die Höhe gezogen. Ist das geschehen, so wird L geschlossen, so wird K

Worte gekommen wären: es steht überhaupt nicht fest, wieviel heimliche Jesuiten es sowohl im Reichstag wie in ganz Deutschland gibt. Das liegt daran, daß -- wir haben darüber ja schon einmal, im Dezember 1912, berichtet -- seit den Zeiten des Kampfes gegen die katholische Kirche durch ein Ausnahmsgesetz noch heute den Jesuiten jede geistliche Tätigkeit und auch jede gemeinnützige Wiederherstellung untersteht. Trotzdem heben sie zu Hunderten in Deutschland, stehen im Dienste der katholischen Kirche und wirken unablässig, wenn auch heimlich, für deren mehr oder weniger rechtmäßige Ausbreitung. Deshalb ist eben auch die Aufrechterhaltung dieses Ausnahmsgesetzes eine so große Arbeit, Geduldssache und Heuchelei. Und aus diesem Grunde ist die Sozialdemokratie stets schon für seine Beibehaltung gewesen: einmal, weil sie, die einst selbst den fürchterlichen Grund eines Ausnahmsgesetzes durchgemacht hat, gegen jedes solcher Gesetze ist, und zweitens, weil es besser ist, wenn man einen Feind, wie es die Jesuiten sind, offen vor sich hat, als wenn er einem immer wieder entflieht. Das Zentrum, die Partei der Katholiken, beantragte nun am Mittwoch, schon zum fünften Male, Aufhebung des Jesuitengesetzes, und obwohl wir Sozialdemokraten wahrlich keine Freunde des Zentrums sind, stimmten wir mit dem Zentrum zusammen dafür, so daß der Antrag durchging. Aber es ist sehr fraglich, ob trotzdem die Regierung ihm nachgibt. Wenn sie es nicht tut, würde sie freilich sehr leicht handeln.

**Genossenschaftswesen.**

Die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1912 war eine vorwärts glänzende. Der Warenumsatz liegt von 100.000.000 Mk. auf 145.907.173,21 Mk., also um 26,91% (70,18% und 24 Proz. Der Umsatz der Zigarren und Tabakwaren erhöhte sich von 2.082.098,25 Mk. auf 3.765.528,24 Mk., also um 67,29% (29,29% = 25 Proz. Nebenbei erwähle ich die Zigarettenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4.863.904,29 Mk. auf 5.539.757,96 Mk., also um 67,84% (29,29% = fast 11 Proz. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Raufaktorenfirma. Sie setzte am Großhandel mit im Werte 150.877.106,73 Mk. gegen 97.242.189,85 Mk. im Vorjahr, also 30,6% (19,98% oder reichlich 61 Proz. mehr; im Detail 151.537.635,19 Mk. gegen 95.189.514,11 Mk. im Vorjahr, also 59,018% (58,59% oder fast 62 Proz. mehr. Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit berechtigtem Stolz erfüllen. Während die englische Groß-einkaufsgesellschaft im 19. Jahre ihres Bestehens es erst auf 83 Millionen Mark Umsatz gebracht hatte, wenn die deutsche nach neunzehnjähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mark auf. Dies eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

geöffnet, so daß jetzt das Kühlwasser in den Zylinder tritt (was nach Art einer Brause geschieht) und die Verdichtung des Dampfes zu Wasser bewirkt. Infolgedessen entsteht jetzt unter dem Kolben ein nahezu luftleerer Raum, so daß der äußere Luftdruck zur Wirkung kommt und den Kolben mit großer Kraft herunterdrückt. Hierdurch wird der Balancier C und das Gestänge E in Bewegung gesetzt, so daß die an letzteres angeschlossene Pumpe in Betrieb kommt und mit jedem Kolben-niedergang ein bestimmtes Quantum Wasser fördert. Diese soweit verbesserte Maschine erwies sich als eine durchaus brauchbare und vorteilhafte Vorrichtung zum Antrieb von Pumpen bzw. zur Förderung von Grubenwasser, und nachdem sich das erste Exemplar in den Kohlengruben Bachs erfolgreich bewährt hatte, folgten bald zahlreiche andere Bergwerks-lestiger dem Beispiel und gaben Newcomen ebenfalls solche Maschinen in Auftrag. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte verbreitete sich die Maschine im englischen Bergbau nahezu allgemein, wurde sie hier ein erfolgreiches Mittel der industriellen Arbeit. Bemerkenswert sei noch, daß die Maschine auf eigenartige Weise eine bedeutende Verbesserung erhielt: Das Öffnen und Schließen der Nöhne, durch welche der Zutrom des Dampfes und des Kühlwassers nach dem Zylinder reguliert wird (K und L in Figur 2), mußte ursprünglich von einem Arbeiter mit der Hand ausgeführt werden. Ein Knabe, namens Sumptry Potter, der von Newcomen mit dieser Aufgabe beauftragt worden war, kam, um sich von der einformigen und ermüdenden

**Aus den Stadtparlamenten**

**Merseburg.** Die Stadtverordneten genehmigten die Bestimmungen über Ruhegeld der nicht pensionsberechtigten städtischen Beamten und Arbeiter. Damit erhalten diejenigen Personen, die in ihrem Hauptberuf der Stadt gegen Lohn dienen, jedoch als Gemeindebeamte nicht angesehen sind und einen gesetzlichen Anspruch auf Ruhegeld und Lohn nicht haben, ein Ruhegeld in Höhe von 1/100 des Jahresverdienstes nach zehnjähriger Dienzeit, wozu nach jedem weiteren Dienstjahre noch 1/100 bis zum Höchstbetrage von 1/60 kommt. Das Ruhegeld soll aber mindestens 240 Mk. im Jahre betragen. Diese Bestimmungen treten am 1. April d. J. in Kraft.

**Wasserbauarbeiter**

**Stuttgart.** Nach aller Entschiedenheit der „Christlichen“ hatte sich die städtischen Wasserbauarbeiter zunächst in der für sie einberufenen Versammlung am 16. Februar im Gasthaus „Zum Besonderen Hof“ eingefunden. Mollath hielt die Rede in längerer Ausführung das Thema: „Der Kampf um eine bessere Existenz.“ Der Referent zeigte den Anwesenden, wie ihre berechtigten Lebensentwurf verwirklicht werden kann. Den Ausführungen wurde allseitiger Beifall gezollt. Den Schluß bildeten mehrere Aeußerungen.

**Aus unserer Bewegung**

**Magdeburg.** Der Arbeiterausschuß des städtischen Wasserwerkes hatte am 9. März v. J. in einer Sitzung beschlossen, es wolle ein Arbeiter im Wasserwert eine Lohnerhöhung im Zehnjährigen zugewinnen werden. Dieser wurde bei sechsstündiger Sonntagsarbeit der „Lohne“ Betrag von 1 Mk. und für die Nacharbeit der gleichen Betrag bezahlt. Die Anträge verklangen daher, daß für die Hauptarbeit im Jahre 1,50 Mk. für die sechsstündige Sonntagsarbeit dagegen 2 Mk. bezahlt werden möchten. Das Stadtparlament beauftragte diese Anträge in der Sitzung. Die in Frage kommenden Arbeiter waren nun der Meinung, daß die Genehmigung keines des Stadtparlaments nach verweigert werden wird. Da die Arbeiter schon und fortan nichts mehr von diesen Anträgen, endlich im Oktober v. J. wurde vom Stadtparlament durch Ausschlag

Arbeit zu befreien und sich statt dessen lieber den Zielen mit seinen Altersgenossen hingeben zu können, auf den Gedanken, die beiden Nöhne durch Schnüre so mit dem Balancier zu verbinden, daß dieser bei seinem Auf- und Niedergange das jedesmalige Öffnen und Schließen der Nöhne selbst besorgt. Der Versuch gelang ihm über alles Erwarten gut, und der intelligente Junge konnte, ohne seine Aufgabe zu vernachlässigen, sich seinen Knabenspielen widmen, die ihm wichtiger und jedenfalls interessanter als jene einformige Arbeit dunkten. Der Wert der von dem Knaben ausgeführten Hilfsvorrichtung wurde alsbald erkannt und die Vorrichtung nicht nur beibehalten, sondern auch noch verbessert, indem die Schnüre durch ein kleines Gestänge ersetzt wurden, das noch besser funktionierte. Hierdurch hatte die Maschine ganz bedeutend an Sicherheit und Selbstständigkeit ihrer Funktionen und Leistungen gewonnen. Aus den Köpfen einfacher Handwerkermeister und eines vielerlei Jungen war so die erste brauchbare und erfolgreiche Dampfmaschine hervorgegangen, bei welcher Dampf zur Anwendung kam. Von dieser Anwendung des Dampfes war die Newcomensche Maschine doch noch keine Dampfmaschine im eigentlichen Sinne des Wortes. Denn bei ihr spielt der Dampf nur eine Hilfsrolle, dient lediglich dazu, einen luftleeren Raum zu schaffen, während die Kraft, die den Kolben in den Zylinder hineintreibt und die Arbeit leistet, der Luftdruck ist. Allgemein wurde daher die Newcomensche Maschine als Luftdruckmaschine oder atmosphärische Maschine ge-

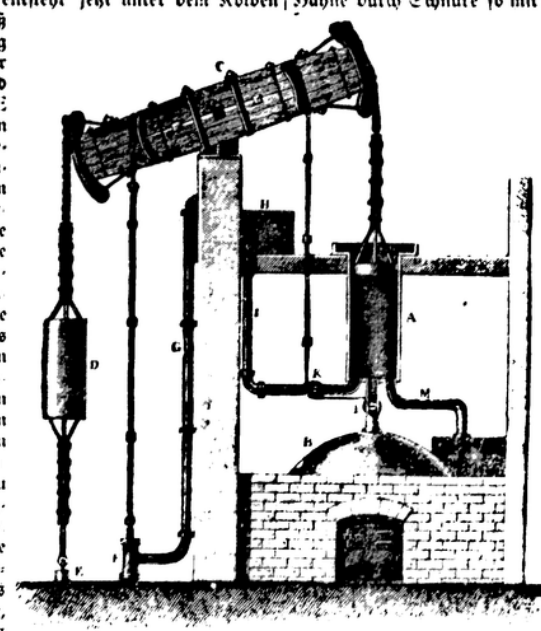


Fig. 1. Newcomens atmosphärische Dampfmaschine.

betanntgemacht, daß die Anträge neuerdings begutachtet an den Magistrat gesandt und wohl in dem gleichen Monat die Genehmigung erfolgen wird. Damit gaben sich die Arbeiter auch zufrieden, weil sie ja wußten, daß der Mensch kein Eilwagen ist. Als aber diese Anträge wieder nicht erledigt wurden und das Jahr 1913 herannahte, da wurde es den Arbeitern dieser Gruppe doch zu bunt. Einige Vertreter des Arbeiterausschusses traten im Magistrat wegen der Angelegenheit vor. Dort wurde ihnen bedeutet, daß das Stadtbauamt die Schuld an der langen Verschleppung dieser Anträge trage. Da aber das Stadtbauamt diese Anträge zweimal beförderte, muß es eigentlich von der aufgeschobenen Schuld freigesprochen werden. Nach einigem Hin- und Her sah sich die Arbeiterausschussvertreter an, als sie durch Bürgermeister Dr. Giesler in Erfahrung brachten, daß im Stadtbauamt von solchen Anträgen nichts bekannt sei. Demnach mußte das Protokollbuch des Arbeiterausschusses, der dies sofort auch der jeweiligen Ausführgewalt einzureichen hat, im Magistrat eingeleitet und eingesehen sein. Somit konnte diese Antwort unmöglich erlangen sein. Und was ist es nun mit dem Protokollbuch, wenn die Arbeiter neuerdings Anträge zum Einreichen bringen? Das dürfte fürwahr einzig in der Welt dastehen, daß man im Magistrat von einem Protokollbuch, das die Anträge der Arbeiter enthält und ein Jahr im Magistrat liegt, nichts weiß. Das können die städtischen Arbeiter als nichts anderes als eine Verhöhnung ihrer Anträge betrachten. Vielleicht schickt man sich im Magistrat an, das verlorene Protokollbuch mit seinen Anträgen zu suchen. So ähnlich liegt es mit den Dienstvorschriften für die einzelnen Betriebe, von denen der H. B. der jetzigen Arbeitsordnung spricht. Die Arbeitsordnung trat schon im vorigen Jahre im September in Kraft. Was heute aber fehlen für die einzelnen Betriebe diese Sondervorschriften noch vollständig. Mit der Erteilung solcher Vorschriften so hart, oder fallen die einzelnen städtischen Bestimmungen so schwer ins Gewicht, bis die entsprechenden nicht-sprechenden Klauseln gefunden sind. Jedenfalls ist seit, daß man im Magistrat auch kühner handeln kann. So in A. W. der Abzug der Entfernungszulage, welcher nach der "Verordnung" der neuen Arbeitsordnung gestattet ist, sofort verweigert worden. Da konnte man schneller denn je im Magistrat handeln, als es sich um die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter handelte. Derin zeigt sich also, wie gut es ist mit den städtischen Arbeitern von oben herab meint.

**Charlottenburg.** Tausend der rastlosen Arbeit unserer Organisten und ihrer Presse haben sich die meisten Bergarbeiter städtischen Arbeiter zu der Erkenntnis durchgerungen, den Maj. (Herrn)

ton im Verkehr mit den Arbeitern zu vermeiden. **Ausnahmen** gibt es aber immer noch mehr als genug. Ein Beispiel ist der Kolonnenführer S. des Tepots Rürberger und Leibnizstraße. Dieser Mann sucht die Arbeitsfreude der seiner Aufsicht anvertrauten Arbeiter durch Ausbrüche wie Foulenger und Schlafmüde zu erhöhen. Diese Methode verfehlt ihren Zweck um so mehr, als es sich um Arbeiter handelt, die schon jahrelang ihre Tätigkeit zur vollsten Zufriedenheit ausüben. Trotzdem dem Herrn Kolonnenführer vor kurzem erst an Gerichtsstelle begreiflich gemacht wurde, daß man auch einen Arbeiter nicht ungerecht beleidigen kann, setzt er sein Treiben unbehindert von oben fort. Der Arbeiter, in dessen Bezirk die Trostschichtstelle am Savignaplatz fällt, soll, wenn er täglich acht bis zehnmal an diese Stelle kommt, die dort haltenden künftigen ihre Wagen drehen lassen. Die rigorose Handhabung dieser Anordnung muß zu Protesten der Arbeiter führen, und läßt der Arbeiter, falls das Manöver seiner Ansicht nach nicht nötig ist, Nachsicht, so entläßt sich der Zorn des Aufsehers auf sein Haupt. Dies ist um so schlimmer, als die Verletzung erfolgt ohne Vorwarnung des Letzteren, ja, letzterer erfährt noch nicht einmal, von wem die Meldung stammt. Eine nette Praxis, bei der der Arbeiter immer der Verletzende ist. Eine Veränderung dieser unwürdigen Behandlungsweise wird erst eintreten, wenn die Charlottenburger Straßenreiner endlich einmal die falsch angebrachte Mäntel abschütteln und sich organisieren. Daraus aus den geben und klauen Vorkommnisse, denn diese bilden den Sumpfboden, in dem alle Verurteilungen nach Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse rettungslos versinken.

**Danzig.** Hier besteht seit Jahren ein kommunaler Arbeiterverein. Die Herren haben schon wiederholt darauf die Eiferlichkeit bezeugt, daß sie die Adressen bereuend. Als im vorigen Jahre die städtischen Gas- und Wasserarbeiter nach wiederholten Eingaben eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erlangen, da traten die Schlichter des kommunalen Arbeitervereins zusammen und sprachen dem Magistrat den Rat dafür aus, daß er ihnen etwas gegeben hat. Verantwortlich in diesem "Verin" ist der Inspektor Zente vom Wasserwerk. Die städtischen Arbeiter forderten wiederholt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessert werden sollten, und insbesondere sollten die vorhandenen gewesenen Anordnungen in einer Ausgabe den Arbeitern zugänglich gemacht werden, damit sie wissen, was sie zu erhalten haben. Auch einen Arbeiterausschuss verlangten die Arbeiter. Endlich, nach vielen Eingaben und Protestversammlungen, hat sich der Magistrat bequemt, eine Arbeitsordnung herauszugeben, die aber unter jeder christlichen Kritik stand. Die städtischen Arbeiter protestierten gegen dieses Komitium von Anord-

nungen. Wie bereits gesagt, gelangte diese Maschine mehrere Jahrzehnte hindurch in dem englischen Bergbau in weitem Umfang zur Anwendung, bewährte sich als ein durchaus brauchbares Mittel für die Befestigung der Grubenwässer, das zur Förderung und Entwicklung des englischen Bergbaues wesentlich beitrug. Auf die Dauer machte sich jedoch auch bei dieser Maschine ein großer Fehler fühlbar, der darin bestand, daß sie im Verhältnis zu ihren Leistungen enorm viel Kohle verbrauchte. In dem Maße, als die Kohlen teurer wurden, wurde natürlich auch dieser Fehler immer mehr störend, was schließlich so weit ging, daß der Augenblick zu nahen schien, wo sich die englischen Industriellen genötigt sahen, den Verkauf der Maschine wegen ihrer enormen Kostspieligkeit wieder einzustellen.

Die hervorragenden Ingenieure jener Zeit befaßten sich ausschließlich mit der Aufgabe, diesen Fehler der neuen Kraftmaschine auszumachen oder doch wenigstens einzuschränken, d. h. durch geeignete Verbesserungen in der Konstruktion der Maschine den Verbrauch derselben zu verbilligen. Aber wiederum waren es nicht die Gelehrten und studierten Techniker, denen die Lösung dieser Aufgabe zufiel, sondern wiederum ein einfacher, ungelehrter und unstudierter Mann, kaum mehr wie ein Handwerker, der in dem heißen Nüben um die Lösung jenes Problems den vollkommenen und glänzendsten Weg davontrug, das Genie James Watt, mit dessen Willen die wichtigste Verbesserung der Newcomenschen Maschine, die Umwandlung der atmosphärischen Maschine in die wirkliche Dampfmaschine und damit erst die Erfindung zu dieser wirklichen Maschine.

James Watt, geboren am 19. Januar 1736 zu Greenock in Schottland, war ein einfacher Mechaniker und als solcher seit dem Jahre 1756 für das physikalische Institut der Universität Glasgow tätig. Die Stellung war eine sehr bescheidene, bot Watt jedoch reichlich Mühe und Gelegenheit, seinen technischen Neigungen und Bestrebungen nachzugeben. Durch seine hervorragende Geschicklichkeit und Intelligenz in der Ausführung mechanischer Apparate kam er in enge Verbindung mit den hervorragenden Gelehrten und Forschern der Universität, so daß seine kleine Werkstatt oftmals der Sammelplatz dieser gelehrten Welt wurde. Die erste Anregung, sich mit der Verbesserung der Dampfmaschine zu befassen, erhielt Watt, als

er im Jahre 1763 von dem physikalischen Institut der Universität den Auftrag erhielt, das alte Modell einer Newcomenschen Dampfmaschine, das nicht mehr funktionierte, wieder instand zu setzen. Er löste die Aufgabe befriedigend, indem er den Zylinder, der im Verhältnis zu den übrigen Teilen der Maschine zu groß war, um ein Stück verkleinerte; zugleich war hierdurch aber sein Interesse für die Maschine in mächtiger Weise angeregt worden, und als er die mannigfachen Mängel und Fehler, die dieser anhafteten, erkannt hatte, sah er bewußt wurde, welche große Bedeutung die Beseitigung dieser Fehler für die Industrie haben mußte, wandte er sich mit brennendem Eifer der Verbesserung der Maschine zu die nunmehr die große Aufgabe seines Lebens werden sollte.

Der wesentlichste und immer fühlbarer werdende Fehler der Newcomenschen Maschine bestand, wie bereits erwähnt, in dem enormen Brennstoffverbrauch derselben. Watt machte sich alle Faktoren, die bei der Arbeitsweise und Einrichtung der Maschine mitwirkten, klar, und ebenso auch, daß der enorme Brennstoffverbrauch der Maschine zunächst zurückzuführen war auf den außerordentlich hohen Dampfverbrauch derselben, der für jeden Kolbenniederengang das Mehrfache des Zylinderinhalt betrug. Die Ursache dieses hohen Dampfverbrauches aber fand Watt in dem Umstand, daß der Zylinder der Maschine zwei verschiedene Funktionen gleichzeitig zu erfüllen hatte, nämlich den heißen Dampf aufzunehmen und darauf den heißen Dampf wieder abzugeben. Nach jeder erfolgten Abfuhrung bezw. Kondensation des Dampfes fand bei der Newcomenschen Maschine auch die Wände des Zylinders abgekühlt. Strömte nun wieder Dampf in den Zylinder, so wird dieser unnötigerweise zunächst solange zu Wasser verdichtet, bis die Zylinderwände eine genügend hohe Temperatur angenommen haben, bei der eine Verdichtung des Dampfes nicht mehr möglich ist. Jene Dampfmenge also, die verwandt wird, um die abgekühlten Zylinderwände wieder zu erhitzen, ist für die praktische Arbeit vollständig nutzlos verloren. Um diesen Mangel zu beseitigen, erfand Watt zunächst eine Vorrichtung, die ebenso einfach wie zweckmäßig war, und darin bestand, daß er die Verdichtung des Dampfes nicht mehr in dem Zylinder selbst, sondern in einem besonderen Gefäß erfolgen ließ, in welches der Dampf beim Niedergehen des Kolbens hinübergeleitet wurde. Jetzt war es

nung und stellten Abänderungsanträge. Der Magistrat lehnte eine Abänderung mit der Begründung ab, daß erst Erfahrungen gesammelt werden sollten. Darauf beschloßen die städtischen Arbeiter — trotz der schlechten Bestimmungen —, sich an der Wahl des Ausschusses für das Gas- und Wasserwerk zu beteiligen. Die Wahlen glückten mit den schlechten Bestimmungen gute Gewinne zu machen und gingen auch an die Wahlarbeit heran. Der Wahltag kam und die Wahlstadt war ziemlich heiß, aber die Wahlen blieben glatt auf der Strecke. Durch große Enttäuschung in deren Reihen. Um die Gemüter zu beruhigen, legten die Herren gegen die Wahl des Ausschusses einen Protest ein. Der Magistrat rechnete die Stimmen nach und zählte der Linie unseres Verbandes noch mehr Stimmen zu als die Wahlleitung. Jetzt war die Hoffnung der Wähler begraben. Man griff also wieder zu dem alten Mittel: lud die Arbeiter zu einer Versammlung ein und dort wurden sie nach allen Regeln der Kunst bearbeitet. Am 6. Februar brachten die „Zanziger W. Nachr.“ folgenden Bericht: „Der Verein der Gemeindefabrikanten in Zanzig begann im „Bildungsvereinshaus“ sein 7. Stiftungsfest, das zugleich mit Maitagegeburtstagsfeier verbunden war. Als Vertreter des Magistrats waren erschienen die Herren Stadträte Künze und Anckenbauer; ferner die Herren Dr. u. a. Magelshmidt, Dipl. Oering, Peltz, Dipl. Ing. Juchs. Der erste Vorsitzende des Vereins, Herr Betriebsinspektor Jenke, hielt die Rede, in der er u. a. bemerkte, daß die Massenverhältnisse des Vereins, trotzdem jetzt 750 Mt. für Unterhaltungen an die Mitglieder gezahlt sind, auf gleicher Höhe wie im Vorjahre sich befinden. Die Mitgliederzahl ist trotz feindlicher Gegenagitation auf 200 gestiegen. Damit, so führte der Redner aus, ist der Beweis erbracht, daß eine große Anzahl der städtischen Arbeiter die Gewerkschaft hat, die natürlichen Behörden berechtigten Wünschen der Arbeiter so weit als möglich Rechnung tragen werden. Die im Verein organisierten Arbeiter wissen dem Magistrat besonders Dank für den Erlaß der neuen Arbeitsordnung, die die Errichtung von Arbeiterauschüssen, die Regelung der Urlaubsverhältnisse, die Fortzahlung der Lohnsätze in gewissen Anwesenheitsfällen, ferner die Alters- und Invaliditäts- sowie die Witwen- und Waisenversorgung gewährleistet.“ — Es ist doch ein hartes Zeugnis, daß dieser Verein die Dankadresse wieder falsch adressiert hat. Wenn schon für jeden Erfolg gekannt werden soll, dann sollten die Herren doch einmal der Wahrheit die Ehre geben und den Dank für die Verbesserung der arbeitsrechtlichen Lage der städtischen Arbeiter an unsere Organisation richten. Die Herren Jenke und Genossen wissen doch ganz gut, wer sie errungen hat. Wir wissen ganz genau, daß unter den Mitgliedern des gelben Vereins ein sehr großer Teil ist, der nur aus Mitleidens der Zustände

Gefolge leistet. Andere sind aus Furcht beigetreten. Der Rest setzt sich aus Menschen zusammen, mit denen der Magistrat keine Parade machen könnte. Eine Frage erlaube mir uns doch an die Herren Vereinsleiter zu richten: Was würden die Herren dazu sagen, wenn sich die städtischen Arbeiter erdreisten, für die Gewerkschaftsmitglieder, Inspektoren, Ingenieure usw. einen Verein zu gründen und zu leiten? Würden dieselben Herren nicht die Enttäuschung überhäumen? Die Arbeiter brauchen keine Repräsentanten, denn sie sind keine kleinen Waisenkinder, sondern mündige Bürger, die das Recht haben, zu tun und zu lassen, was ihnen gefällt. Darum, Ihr Herren, Hände weg! Wie die Wahl des Ausschusses beweisen hat, gibt es doch nur Plamögen.

**Frankfurt a. M.** Die Arbeiter der Straßenreinigung haben unter sehr schweren Umständen zu leiden. Nicht nur, daß die Bezahlung eine äußerst geringe ist, auch die Befandlung durch die Vorgesetzten läßt ziemlich viel zu wünschen übrig. Auf die Beschwerden der Arbeiter wird so gut wie gar keine Rücksicht genommen. Der Arbeiter hat einfach zu gehorchen, und damit Punktum. Als eine Mächtigkeitsgier, die überalloschreitend sucht, ist der Befehl zu betrachten, der am 11. Februar d. J. den Arbeitern des Quartiers Heddernheim bekanntgegeben wurde, daß in der Kammschmittstraße während der Pause kein Feuer angezündet werden darf. Bei dieser Jahreszeit, wo es einen Tag schneit und den anderen Tag regnet, einen solchen Befehl zu erlassen, ist einfach unvernünftig. Derjenige, der den Befehl erlassen hat, sollte selbst einmal den Besen zur Hand nehmen und Tag für Tag bei Wind und Wetter mitarbeiten und ebendeshalb die Pausen in einer ungeheizten Stütze verbringen, in wahren Tagen wäre er dienstunfähig. Der gesunde Menschenverstand sagt uns ohne weiteres, daß ein Arbeiter etwas früher weggehen muß, um die Stütze zu heizen, damit auch die Arbeiter ihr Essen oder Weisbeisessen können. Hoffentlich wird man demnächst, der diesen Haß erlassen hat, in der richtigen Weise zu weichen geben, was eigentlich keines Amtes ist. Wie wenig Wert auf die Gesundheit der Arbeiter gelegt wird, davon eine kleine Probe. Die Reinigung der Straßen in Heddernheim geschieht nach einem bestimmten Plane. Wird nun die Straßenreinigung beendet, muß man den Arbeitern zu ihr Frühstück oder Besen in den Straßenrinnen sitzend einpacken. Das Allereinstimmliche wäre doch nun, auf die Vordächer eine Schutzhaube zu stellen, dann hätten die Arbeiter doch wenigstens ein Dach über ihrem Kopf. Damit die Arbeiter ihr täglich recht großes Pensum leisten, schloß man vom Kesselfeuer, Maffischer, sogar einen Überausnehmer mit Tausenden Mark Gehalt; aber alle diese Herren scheinen mit Plunder gesättigt zu sein, jede Mißhandlung sieht niemand. Mein Wunsch ist es, wenn eine ganze Ar-

nicht mehr nötig, die Zylinderwände abzuhäuten, infolgedessen wurde auch kein Dampf mehr verbraucht, um die abgelühten Zylinderwände hinterher wieder zu erhitzen. Die Folge dieser Verbesserung war eine Verminderung des Dampfverbrauches und ebenso auch des Kohlenverbrauches um etwa die Hälfte. Der Kondensator (Verbichter), wie Watt die neu hinzugefügte Vorrichtung nannte, war die erste seiner großen Erfindungen auf dem Gebiete der Verbesserung der Dampfmaschine. Um die sich in dem Kondensator naturgemäß ansammelnden Mengen von Wasser und ebenso auch von eingedrungener Luft wieder zu entfernen und so den Kondensator dauernd betriebsfähig zu erhalten, brachte Watt an der Maschine noch eine Art Luftpumpe an, die an den Balancier angegeschlossen wurde, und, von diesem selbst in Bewegung gesetzt, die Wasser und Luftmengen, die sich nach jedem Kolbenniederzug in dem Kondensator ansammeln, aus diesem jedesmal selbständig entfernte.

Mit Kondensator und Luftpumpe ausgerüstet, war zwar eine bedeutende technische und wirtschaftliche Verbesserung der Maschine erzielt, dennoch aber war diese nach wie vor eine atmosphärische Maschine wie diejenige Newcomens und war auch jetzt noch mit mancherlei Mängeln wie diese behaftet. Noch immer war der Dampf nicht die eigentliche treibende Kraft der Maschine, noch immer spielte er nur eine Nebenrolle zur Erzeugung eines luftleeren Raumes zwecks Verflüchtigung des Luftdruckes, der auch jetzt noch die eigentliche treibende Kraft der Maschine war. Die Mängel, die bei einer solchen Maschine nicht zu umgehen sind, bestehen darin, daß einerseits das Eindringen der Luft in den Zylinder beim Niedergange des Kolbens immer wieder eine Abkühlung des Zylinders bewirkt, die immer noch erhebliche Dampfverluste im Gefolge hat, andererseits aber auch der Luftdruck als treibende Kraft zu sehr großen Abmessungen der Maschine nötigt, sofern diese eine archere Leistungsfähigkeit erhalten soll, da der Luftdruck eine Kraft von unveränderlicher Größe darstellt. Um auch diese Mängel und Fehler zu vermeiden, kam Watt auf die Idee, von dem Luftdruck gänzlich abzusehen und die Spannkraft des Dampfes, die bis dahin lediglich zur Erzeugung eines luftleeren Raumes gedient hat, gleichzeitig auch als Triebkraft der Maschine zu benutzen. Die Ausführung dieser Idee gelang ihm in glänzender

Weise, und zwar durch Konstruktion eines völlig neuartigen Zylinders für die Maschine. Zunächst war dieser Zylinder (Figur 3) im Gegensatz zu dem offenen Zylinder der Newcomenschen Maschine an beiden Seiten geschlossen, wobei die Kolbenstange durch eine in dem Deckel des Zylinders angebrachte und mit einer Stopfbüchse verriebene Öffnung ging. Dieser Zylinder hängt durch die kurzen Querrohre E und F mit dem langen Rohr B zusammen, dessen oberes Ende C mit dem Dampfkegel, das untere Ende D mit dem Kondensator in Verbindung steht. Bei G, H und I befinden sich in dem Rohre Ventile. Befindet sich der Kolben nun in seiner obersten Stellung, wobei gleichzeitig die Ventile G und H geöffnet, das Ventil I aber geschlossen ist, so tritt durch das Rohr C Dampf aus dem Kessel in den Zylinder oberhalb des Kolbens, während gleichzeitig der unterhalb des Kolbens befindliche Dampf in den Kondensator entweicht. Infolgedessen drückt der Dampf oberhalb des Kolbens vermöge seiner Spannkraft den Kolben herunter bis nahe auf den Boden des Zylinders. Ist das geschehen, so schließen sich die Ventile G und H, während Ventil I geöffnet wird. Der Zylinder ist jetzt sowohl von dem Dampfkegel wie von dem Kondensator abgeperrt; dagegen stehen die beiden

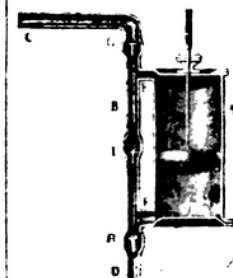


Fig. 3. Watts' erste neuartige Dampfzylinder.

Räume oberhalb und unterhalb des Kolbens durch das Rohr B jetzt miteinander in Verbindung, so daß auf beiden Seiten des Kolbens der gleiche Dampfdruck herrscht.

Daher wird jetzt das Gewicht, das noch nach Art der Newcomenschen Maschine an der einen Seite des Balanciers angebracht ist, instande sein, den Kolben bis an das obere Ende des Zylinders in die Höhe zu ziehen. Ist das geschehen, so schließt sich das Ventil I wieder, während G und H sich öffnen und das Kolbenspiel von neuem beginnen kann. Das Öffnen und Schließen der verschiedenen Bahne geschieht hierbei selbsttätig durch entsprechend angebrachte Ventile und Stangen.



zahl von Arbeitern immer krank sind. Von den wenigen Arbeitern, die dann noch da sind, verlangt man das gleiche Arbeitspensum als wenn die Motte vollzählig wäre. Dadurch entzieht ein Antreiber dem auf die Dauer der gesunde Arbeiter erliegen muß. Die Vorgesetzten verlangen von den Arbeitern die größte Pünktlichkeit bei Beginn der Arbeit, aber die Pünktlichkeit auch auf den Entschluß zu übertragen, da kaputt es verschiedenlich. Die Arbeiter müssen sich auch daran gewöhnen, rechtzeitig die Arbeit abzuhängen, damit die Arbeiter nicht gezwungen sind, Lauf mit von Hause nach Hodelheim zu machen. Alle diese Maßnahmen haben die Arbeiter dem Aufseher Krebs mitgeteilt, für die Vorgesetzten scheint aber niemand den Mut zu besitzen, Hodelheim zu verlassen. In den meisten Stellen auf den einzelnen Werken müssen die Arbeiter die Kranken Kollegen mit einarbeiten, und nun einmal drei oder noch mehr krank, so ist das Einarbeiten unmöglich. Daran stößt die Verwaltung seinen Augenblick. Die Arbeiter werden nicht einseitig, die gleichen Mägen müssen wie vor dreimal werden; die Folge ist daher eine Heber-Heimann der Arbeiter und weitere Arbeiter werden krank. Die Verwaltung der Strafenreinigung doch ohne weiteres zu gehen und rechtzeitig für Entlassung von Hilfskräften Sorge zu nehmen. Eine ganze Anzahl von Beschwerden würden ohne weiteres angenommen. Sieht die Verwaltung untätig zu, so wird eben die Pünktlichkeit davon unterrichtet werden müssen über die Zustände, die bei der städtischen Strafenreinigung herrschen. Die Arbeiter sollen aber auch in der Zukunft darauf Bedacht nehmen, die Organisation auszubauen, denn hier ist noch Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. Für Heber-Heimann der verschiedenen Vorhaben muß als beste Antwort der Ausbau der Organisation vorzunehmen werden.

**Wörth.** In der Mitgliederversammlung vom 15. Februar berichtete Kollege Preißler über: "Die gelben Arbeiterverbände und ihre Gefahr für die Arbeiterklasse". Kollege Brose gab den Kartellbericht. Dem Kollegen Brose wurden 15 Mk. Unterstützung bewilligt. Ferner wurde beschlossen, am 8. Juni einen Ausflug auf den "Goraer Berg" zu veranstalten.

**Wörth.** Am Februar 1911 beantragte eine öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter unseren Verband, eine Eingabe an den Magistrat zu richten, in der eine Lohnverbesserung verlangt wurde. Aber schon nach drei Tagen antwortete der Oberbürgermeister: "Wir verhandeln mit unseren Arbeitern nur direkt und können die Einmischung Dritter ab." Drei Kollegen unserer Verwaltung ersuchten alsdann in ihrer Eigenschaft als städtische Arbeiter den Magistrat um Verhandlungen. Der Oberbürgermeister dann unsern Kollegen auch ersucht sein Obr. Es kam aber zunächst nichts weiter heraus als Versprechungen. Endlich hat der Magistrat sein "gutes Herz" für die Arbeiter entdeckt, und allgemeyner Lohnzulagen führte er jedoch Weihnachtszulagen ein. Es sollten erhalten Weihnachts 1911: Arbeiter nach 10jähriger Dienstzeit 15 Mk., nach 15jähriger Dienstzeit 20 Mk., nach 20 Jahren 25 Mk., nach 25 Jahren 30 Mk., nach 30 Jahren 35 Mk., und nach 35 Jahren 40 Mk. Weihnachts 1912 hat der Magistrat diese Gratifikationen erneuert. Kauf Arbeiter aber, wenn sie 15 Mk. zustanden, erhielten nichts. Als sie deswegen klagend wurden, erhielten sie die Antwort: "Sie haben sich nicht wehrlos gezeigt." Also von der tadelloßen Führung hängt das Wohlsein des Magistrats ab. Heber-Heimann kann die Verschlingung der Kollegen nicht schamlos gewesen sein, denn beim Göttinger Magistrat besteht noch immer die Praxis: "Wer nicht pariert, steigt!" Bei der Urlaubsgewährung wird nach gleichem Rezept wie bei der Gewährung der Weihnachtszulagen verfahren. Wegen Urlaub zur Arbeit ist einigen Kollegen auch schon der Urlaub entzogen worden. Am Gaswerk werden Arbeitszeiten bis zu 11½ Stunden pro Tag verlangt. Der bisherige Schichtlohn von 70 Mk. wurde willkürlich in einen Stundenlohn von 2 Pf. umgewandelt. Jetzt bemüht sich der Magistrat sogar, einen gelben Arbeiterverein ins Leben zu rufen. Acht Arbeiter und zwei Arbeiter soll er bereits dafür einzeichnen, und damit die Sache nicht von vornherein gleich finanziell gut fundiert ist, 100 Mk. zur Gründung dieser Gumpfschlange ausgesetzt haben. Der Vorsitzende Radtsch ist als Leiter bestimmt und nach dem Waldenburger Arbeiterverein gefragt worden. Dort soll er die nötige Stellung für seine neue Tätigkeit erhalten. Der Magistrat hat außerdem Grachtenreinigungsaufgaben zu erfüllen, als sich solchen Verantwortlichkeiten hinzugeben und das Geld der Steuerzahler zu verpalvern. Die 100 Mk. und die Mitgliedschaft für den Vorarbeiter sollen eine sehr gute Besoldung für eine abhängige Lohnverbesserung für städtischen Arbeiter gewesen. Damit hätte er diesen, nämlich der den jetzigen letzten Stellen, wirklich genügt. In dieser selben Vereinsmeierei haben die städtischen Arbeiter nicht nur kein Interesse, sondern davon nur Schaden. Denn der Magistrat bezweckt damit nur, sich willige Arbeiterverführer zu schaffen, die jede Meinung der städtischen Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage mit unterdrücken sollen. An die Kollegen ergeht nun von der Stadt: "Wacht endlich auf aus Eurem Schlaf! Es ist die höchste Zeit, daß Ihr Euch organisiert, soll Eure schäbste Lage nicht noch weiter heruntersinken!"

**Hannover.** In der Mitgliederversammlung vom 19. Februar hielt Genosse Max einen Vortrag über die Unfallversicherung. Der Arbeiterjambaserverein wurde ein laufender Vortrag von 10 Mk. pro Jahr bewilligt. Am 2. März findet eine öffentliche Versammlung für alle städtischen Arbeiter statt, die Protest einlegen soll gegen das rücksichtslose Verhalten des Magistrats. Die Kollegen werden ersucht, eifrig für diese Versammlung zu agitieren.

**Harlsruhe i. B.** In der am 14. letzten Mitgliederversammlung vom 8. Februar wurde das Mandat der Arbeitervertreterwahlen bekanntgegeben. Wir haben von 22 Sitzen 15 erhalten, während uns vor zwei Jahren von 21 Mandaten nur 14 zuteil. Ein Mandat ist für amalien erklärt worden. Als Grund wird angegeben: der Gewählte arbeite im Hof des Gaswerks 1 und habe zur Feuerhausarbeiter kandidiert. Das sei nach dem Statut unzulässig. Die ganze Sache sollte zugunsten der "Fortschrittler" ausfallen. Der Mandat war unserm nur um acht Stimmen zurück geblieben. Unser Mandat wurde nicht anerkannt und kurzehand der Fortschrittler als gewählt erklärt. Wir haben dagegen Protest eingelegt. Gegen ein anderes Mandat hat ein bisheriger Arbeitervertreter Einspruch erhoben, weil wir mit gedruckten Zettelchen zur Wahl gingen und ihm sein Mandat abnahmen. Erfolg wird er nicht haben. Nach Entscheidung dieser Sache hielt Arbeitersekretär W. H. über: "Gewerkschaftliche Wandbau" einen Vortrag. Er schilderte die Bedrückung der Ballangengewerkschaften durch den Krieg, zeigte die Gefahren, die den deutschen Gewerkschaften durch einen Weltkrieg drohen und meinte, das Land zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei müßte noch inniger werden, um erfolgreich gegen alle Kriegsgefahren der herrschenden Klassen anzukämpfen. Er ging dann weiter auf die Schwarzmachereien der Kammer im Reichstag und preußischen Landtag ein, geißelte das Verhalten der gegnerischen Gewerkschaften und forderte zu energischer Agitation für unseren Verband auf. Kollege Karwer erwähnte, die gehörten Worte zu beherzigen und schloß dann die Versammlung.

**Hannoversberg.** Unsere Zentrale hielt am 16. Februar eine öffentliche Versammlung ab, um zur geforderten Lohnzulage von 60 Pf. pro Tag Stellung zu nehmen. Der Saal vermodete die Massen kaum zu fassen. Kollege Lippert-Berlin referierte über: "Die Feuerung und die städtischen Arbeiter der Gemeinde Hannoversberg". Der Redner erläuterte die Lohnverhältnisse und erwähnte, daß Forderungen von Markt ausgehen seien, um die Strafen aus Anlaß der Anwesenheit des Meisters zu schmücken. Nur wenn es sich darum handle, den städtischen Arbeitern eine Lohnzulage zu geben, dann könne man ganz anders. Die Preise für die Lebensmittel seien um 250 Mk. pro Woche in einem Jahre gestiegen, die Löhne seien aber nicht im entferntesten der Teuerung angemessen. Die Lebensmittelpreise seien nach Angabe des Hannoversberger Gemeindeblattes immer höher als in fast allen anderen größeren Städten Deutschlands. Die Handwerkskammer wolle jetzt schon, daß die Fleischzufuhr vom Ausland aufgehoben werde. Eine Anzahl Städte hatten seit dem Jahre 1912 eine außerordentliche Lohnzulage bewilligt. Sodann kam der Redner auf die Steuer- und auf die Wohnungsfrage zu sprechen und erwähnte, daß alle diejenigen, die höhere Lohn- und Arbeitsbedingungen hätten, dies nur der Organisation verdanken. Eine Diskussion fand nicht statt. Alsdann referierte Kollege Besolowitsch über: "In welcher Weise unterstützen wir die von den Arbeiterausschüssen gestellten Forderungen?" Er verlas eine Resolution, auf die er auch in seinem Vortrage eingieng. Dann freiste der Redner noch das Verhalten des Herrn Direktor Kobbelt. Er glaubt nicht nur Betriebsleiter, sondern auch Arbeitgeber zu sein, denn er habe dem Arbeiterausschuß von vornherein erklärt, es gebe nichts. Die Arbeiterausschüsse wurden erneut an die Stadtverordnetenversammlung und an den Magistrat im letzten Appell riefen, die Löhne zu erhöhen. Sollten sie aber die Forderungen ablehnen, dann würden die Arbeiter auch wissen, was sie zu tun hätten. In der darauffolgenden Diskussion erhielt der Stadt. Valzer das Wort, der der Versammlung empfahl, tüchtig zu arbeiten, damit, wenn die Versammlung die Resolution annehme, die städtischen Arbeiter ihr Ziel auch erreichen könnten. Auch Stadtv. Seidler sprach sich im Sinne seines Vorgesetzten aus. Sodann gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme.

**Hannoversberg.** Die allgemeine Arbeitsordnung für die Arbeiter der Stadtgemeinde besagt in § 1, daß die Rechte und Pflichten der im Dienste der Stadtgemeinde befindlichen Arbeiter sich nach den Vorschriften der Arbeitsordnung richten. Ergänzt wird man in § 2 dieser Arbeitsordnung nach den Rechten der Arbeiter, und wo ein solches "Recht" demnach verordnet steht, entspricht es sich als ein Schlichter, das wie ein Arbeiter; verboten, streng verboten; unterliegt, streng unterliegt; der Arbeiter ist verpflichtet; es ist freier, und was dergleichen schöne Verbindungen mehr sind, um wirtliche Justiz und Ordnung unter den städtischen Arbeitern einzuführen und dadurch die Schärfe der städtischen Arbeit zu bewahren. — Nur recht schreien und fordern dem Arbeiter gegen über aufstellen und nach oben rufen und einmündend, dann und nur unter der Situation, lautet die Parole unserer unteren Vorgesetzten. Die Pflicht, nach der Arbeitsordnung zu handeln, besteht nur für die Arbeiter, nachdem im § 20 der Arbeitsordnung die Vorgesetzten bezeichnet sind, wonach diese den Arbeitern niemals

in ungebührlicher und verkehrender Weise entgegenzutreten dürfen. Nun, wir könnten ein Legikon der Schimpfwörter herausgeben, mit denen die Aufseher, Inspektoren usw. die städtischen Arbeiter bedekten, die in der Mehrzahl verheiratete Leute sind; Stall- und Kasernenluft weht einem aus diesem Sprachschab entgegen und zeigt den Bildungsgrad und kulturellen Tiefstand mancher Vorgesetzten. Besonders Hervorragendes nach dieser Richtung hin leiten einige Inspektoren des Fuhrants. Diese sind immer noch der Meinung, daß sie ihre auf den östereichischen Hinterbüchern erworbenen Kenntnisse im Schimpfen auf die städtischen Arbeiter anzuwenden haben. Das Treiben dieser Herren hat den Arbeitern die Augen geöffnet, und in der letzten Betriebsbesprechung sind Sachen zur Sprache gekommen, die ein großes Licht auf die Arbeitsverhältnisse des Betriebes werfen. Eine Urkundige Arbeitszeit, ohne nennenswerte Pausen, in der schwere Arbeit zu leisten ist, stellt die Arbeitszeit der Landarbeiter noch in den Schatten. Daß man in diesem Betrieb den Arbeitern noch zumutet, das zum Schmirnen der Geschirre notwendige Fett zu kaufen, sei nur nebenbei erwähnt. Aber nicht für alle Arbeiter gelten die Vorschriften der Arbeitsordnung. Nach § 16 ist verboten jede Agitation in den Betriebsräumen und auf der Arbeitshalle. Während man anständig darüber wacht, daß diese Bestimmung nicht von den unierem Verbände angehörigen Mitgliedern übertreten wird, und jedes harmlose Gespräch, sogar während der Pausen, als Agitation für unsere Organisation betrachtet, brüht man nach der anderen Richtung beide Augen zu, wenn eine lebhaft propagandistische religiöse und nationale Bestrebungen unter den Arbeitern eingeleitet wird.

**Mannheim.** Unsere Generalversammlung fand am 8. Februar statt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Stumpf. Durch die Eingemeindungen von Rheinau und Sandhofen konnte die Agitation auch dorthin ausgedehnt werden. In Rheinau gemühter Betrieb konnten bis jetzt 37 Personen, in Sandhofen 20 organisiert werden. Am Elektrizitätswerk Rheinau wurde eine Arbeitsordnung eingeführt. Es werden den Dienstjahren entsprechend 3, 4 und 6 Tage Urlaub gewährt. Ferner ist enthalten ein Lohnzins mit Anfang und Schlußlohn, und wenn die neue Turbine im Betriebe ist, wird Achtstundentag eingeführt. Von der Berufsfeuerwehr Mannheim sind von 36 Mann 27 zu uns übergetreten. In Weinheim wurde versucht, seinen Fuß zu fassen. Bis jetzt wurden erst 15 aufgenommen gemacht. Trotzdem hat sich der Einfluß der Organisation bemerkbar gemacht. Die Kollegen errangen die Bezahlung des ersten Weihnachtstages. Das Vermögen der Aktive belief sich am Jahresschluß auf 206,87 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 1241. Hierauf machte Gauleiter Seckmann einige Angaben über das Schicksal unserer im Januar d. J. an den Stadtrat gerichteten Eingabe um eine Vorkostenzahlung von 30 Pf. pro Tag. Ab 1. Juli d. J. sollen 20 Pf. Zulage pro Tag zur Auszahlung kommen, vorbehaltlich der Genehmigung des Bürgerausschusses. Auf Vorschlag von Seckmann wurde der Erbschein im Gehalt mit den Hilfsarbeitern im Hauptbüro gleichgestellt. Auch zahlte die Aktive die vollen Beiträge zur Angehörtenversicherung. Die bisherigen Funktionäre wurden einstimmig wiedergewählt. Außerdem wurde beschlossen, zwei Ämter der Reichszentrale anzufordern.

**München.** Für die Arbeiter des städtischen Schlachthofes fand am 15. Februar eine von uns einberufene Versammlung statt, in der Gauleiter Sebold über das Prinzip der gewerkschaftlichen Organisation einen Vortrag hielt. Solche Versammlungen finden ja Hunderte statt und es wäre nicht der Mühe wert, hiervon besonderes Aufsehen zu machen. Interessanter jedoch ist ihnen, daß ausserdem Herr Mäsebage, Leiter des christlichen Gewerkschaftsvereins München, zu dieser Versammlung erschien. Es ist das nämlich derselbe Mäsebage, der im Sommer 1912 zu einer vom christlichen Krankenpflegeverband für das Personal der Heil- und Pflegeanstalt Gasing einberufenen Versammlung dem Gauleiter Sebold überhaupt den Zutritt verweigerte, obwohl es sich um eine öffentliche Versammlung handelte. Und als schloß sich die Anwesenden eines die Ausführung des christlichen Konferenzen kontrollierenden Mitgliedes der freien Organisation an, bequem schien, holte sich Herr Mäsebage noch einen wirklichen Generalrat, um so seinen „Hausrecht“ Geltung zu verschaffen. Dieser Herr Mäsebage scheint also über einen recht merkwürdigen Gehirnschmerz zu verfügen. In seinen Ausführungen kam Sebold auch auf die Stellung des Komitees zur gewerkschaftlichen Organisation zu sprechen; er zitierte folgenden Teil der Enzyklika „Quoniam Novissima“: „Die Bewegung der Massen, in welcher die Hierarchen nach fremder Hand eifern, muß mit Kraft angegriffen werden. Es muß also die Gewalt dazwischenreten, dem Bösen Einhalt zu gebieten, die freiziehende Armee der Verwirrung und Aufregung zu bändigen, den rechtswidrigen Kampf gegen Recht überhellen. Die Arbeiter sollen nicht zu gewaltsamer Arbeitsentstellung greifen, um gegen die Lohnherren einen Zwang auszuüben, wenn ihnen die Anordnungen zu schwer, die Arbeitsdauer zu lang, der Lohn zu gering erscheint. Dieses Forderung, das in der Gegenwart immer häufiger wird und immer weiteren Umfang annimmt, fordert die christliche Gewalt ein, Gewerkschaft zu erschaffen!“ Herr Mäsebage, der ausgedehnten Gebrauch von der ihm gewährten Befreiung machte und der auch die Zuschläge des Referenten Sebold zugestand, kam mit seinen Anschuldigungen auf alle mög-

lichen, ihm von Gladbach eingetrichterten Sitale. So wurden Bönningburg, Regien, Rebel usw. zitiert; auch die angebliche Unterstützung der Sozialdemokratie mit Geldern der Gewerkschaften mußte herhalten. Aber auch das wäre nicht besonderer Erwähnung wert. Interessanter war schon, daß Herr Mäsebage als Ziel der christlichen Gewerkschaftsbewegung die religiöse Neutralität, politische Neutralität und finanzielle Kräftigung der Gewerkschaft bezeichnete, worauf sich verständnisvolle Bitterkeit zeigte. Jede halbwegs aufgeklärte Arbeiter weiß, nämlich, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nur ein Zentrumsabhängiger ist und damit übergen gerade der für die städtischen Arbeiter zuständige Verband aus den finanziellen Schwierigkeiten gar nicht herauskam. Von einer recht merkwürdigen Logik zeigt folgender Gedankengang des Herrn Mäsebage: Die Sozialdemokratie steht auf dem Boden des Klassenkampfes. Jede Reaktion bringt eine Gegenreaktion mit sich, ergo stehen auch die Arbeitgeber auf dem Standpunkte des Klassenkampfes und die Sozialdemokratie hat die Sozialdemokratie. Daß der Klassenkampf eine geschichtliche Tatsache ist, der einfach nicht wegzudisputieren ist, selbst wenn man wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand steckt, scheint Herr Mäsebage noch nicht begriffen zu haben. Die letzte Folge der Gedankenreihe des Herrn Mäsebage wäre überhaupt keine Arbeiterorganisation, denn sie bringt notwendigerweise eine Organisation der Arbeitgeber. Interessant ist, daß Herr Mäsebage in bezug auf die letzte päpstliche Enzyklika folgendes erklärte: „Als eine Organisation gehen die päpstlichen Ermahnungen gar nichts an. Sie würden wir uns solchen Anforderungen fügen, wir rechnen sie dankend und nobel ab.“ Weiter meinte Herr Mäsebage, für uns ist das Wort „Christlich“ nur ein „Aushängeschild“, das nichts anderes bedeutet als: wir wollen Recht und Gerechtigkeit. Dieses Zugeständnis scheint wert, auch weiteren Kreisen bekannt zu werden, denn so offensichtlich wie hier hat noch nicht leicht einer der Christenführer aus der Schule geplaudert.

**München.** Am Sonntag, den 16. Februar, fand im „Gewerkschaftsraum“ die Generalversammlung statt. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand im Laufe des Jahres von 2806 auf 3015 insg. Als neue Section kommt insbesondere das Personal von Postkater in Betracht. An agitatorischen Maßnahmen ist die Abhaltung zweier Unterrichtsreihe für Mitglieder zu verzeichnen, von denen der eine vom Gemeindevorstand, der andere von Gauleiter Sebold abgehalten wurde und die betreffende Resultate ergaben. Weiter wurde auch ein Stellenantritt für Los in der Krankenpflege tätige Personal gefordert. Die nun zum größten Teil erledigten Arbeiterausstellungen für die städtischen Betriebe zeigen ausnahmslos den Vortheil der freien Organisation. Mit besonderer Freude wurde die Nachricht aufgenommen, daß die am gleichen Tage stattgefallene Wahl des Arbeiterausschusses mit einem glatten Siege der freien Organisation endigte. Gauleiter Sebold berichtete eingehend über die sich aus den Verhandlungen des vergangenen Jahres ergebenden tatsächlichen Resultate. Es wäre zu wünschen, daß sich insbesondere die Gemeindevorstand mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut machen, daß man einmal das Wort und seine Medien den Liberalen und schwarzem Schlarwandern nicht anheimeln ist. Die ganze Vorgeschichte ist dabei zu entscheiden: Anwendung jener Mittel, die auch von den übrigen Organisationen gegenüber rezenten Arbeitgebern angewendet werden; außerdem mögliche Anwendung, durch Erwerbung des Bürgerrechts dem Gemeinderat eine arbeiterfreundlichere Zusammenstellung zu geben. Sebold berichtete auch über die Wahl der Kommission für den Beschluß der Sozialen Kommission bezüglich des Abchlusses eines Tarifvertrages; es scheint, als ob den Vertretern der „Christlichen“ bereits das Herz in die Hose gefallen sei. Dem Massenrat ist zu entnehmen, daß die Aktive im Jahre 1912 noch erheblicher Ausgaben eine Vermögenszunahme von 1446,99 Mk. hatte. Das Gesamtvermögen der Aktive betrug jetzt 2090,63 Mk. Die Beitragsleistung muß als muntergültig bezeichnet werden. Zehn namhafte Mitglieder traten nicht, was besonders daraus hervorgeht, daß im 4. Quartal 3142 Beitragsentwürfe bezahlt wurden. Die im Laufe des Jahres 1912 zur Auszahlung gelangten Unterzahlungen betragen 2725,74 Mk. Bei der vorgenannten Anzahl unterstellte Helmut Franz Sebold als erste und Helmut Franz Reich als zweite Bevollmächtigte, Michael Pöhl als Vertreter gewählt. Als Richter wurden von den einzelnen Sectionen vorgeschlagen und in einer öffentlichen Abstimmung gewählt die Kollegen: Arnd, Schürer, J. Sebold, Meiß, Carl, Graber, P. H. Spangler, Georg, Moser, Weber, Geyer und Anton Weber. Zu Beobachtern wurden bestimmt: Anton Spangler, Grogauer und Meiß. Jeder von es noch, auch einige Ausschickenträge zu behandeln. Einmütig beschlossen wurde der vormalige Gewerkschaft Johann Reich, und zwar aus dem Grunde, weil er einem andern und im Arbeiterausschuss leitender Mitglieder die Marken aus dem Pade erlangt hatte und sich außerdem wiederholt im Personalwesen verhalten hatte, daß den Angestellten nicht weiter gemeldet werden kann, sich von solchen Mitgliedern beschimpfen

# Weltwandelung.

Wer ist schuld, daß unter deutschem Land  
 An so manchen schlimmen Liebeln leidet?  
 So zum Beispiel, daß der Klappenloch  
 Diese oder jene Gegend meidet?  
 Während er in andern nach wie vor  
 Seine Schuldigkeit erfüllt nach Rollen,  
 Steht er hier verortlich vor dem Tor  
 Und zu oft mit ganzlich leeren Voten.

Und ein Junker legte an die Nase  
 Seinen Finger und bogte sie schlau:  
 Weine Herrn, betrachten die Statistik  
 Von der Wahl Sie nur mal ganz genau.  
 Wo die roten Stimmen dominieren  
 Und man streift, dort streift auch wie ganz klar,  
 Kinkelstedt vom ewigen Agitieren,  
 Nach moderner Art Freund Heber.

Gesien wir den unlieblichen Dingen  
 Doch einmal gebüßig auf den Grund,  
 Und wir werden staunen über unserm  
 Wissenschaftlich trefflichen Befund:  
 Vor den Sozial scheuen schon die Kinder,  
 Die noch ungeborn, laub und blind,  
 Sie denn überhaupt mehr oder minder  
 An den Liebeln jene schuldig find.

Woh so geht doch in euch, rote Leute!  
 Schredlich ist es, was ihr angericht!  
 Ketter schon gediehen die Kartoffeln  
 Deshalb nur, weil ihr auch da seid, nicht.  
 Warum mäht ihr immer opponieren?  
 Denkt doch nur mal an die Keutenot  
 Auf dem Land. Bei soll noch erstickern,  
 Wenn das Volk ganz auskullerben droht?

Wer wollt dem Sinn der Weltgeschichte  
 Ihr nun gänglich stellen auf den Kopf?  
 Immer waren der Kartoffeln große  
 Unabänderlich beim größten Troop  
 Doch nun leben wir es voll Weiswerden,  
 Daß man neuerdings sich manchmal tut,  
 Und daß es — wie glücklich — hier auf Erden  
 So allmählich etwas anders wirt.

1911

in liegen. Ein weiterer Auswahlantrag wurde gestellt bezüglich des größten Teils des Personals vom Schauspielhaus, das bei der erwartenden Lohnbewegung, entgegen den noch am Vorabend ergriffenen Beschlüssen, sich gänzlich behielt und damit die ganze Arbeit gefährdete. Im Einverständnis mit den Antragstellern wurde unter Zurücknahme des Auswahlantrages bestimmt: „Das Verhalten der Arbeiter des Schauspielhauses gelegentlich der Lohnbewegung der Theaterarbeiter, soweit sie entgegen den gefassten Beschlüssen der Sektionsversammlung handelten, kann von der Generalversammlung in keiner Hinsicht gebilligt werden. Den übrigen Beteiligten wird deshalb die Mißbilligung der Generalversammlung ausgesprochen.“ Unter Tauf an die bisherigen Mitarbeiter und der Unterstützung, auch zukünftig die leitenden Stellen des Verbandes kräftig zu unterstützen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Landshut.** Wer den zahlreichen Besuch der am 15. Februar im Nachmittags tagenden Versammlung sah, war außer allem Zweifel, daß die hiesigen städtischen Arbeiter aus der letzten Lohnbewegung die richtige Lehre gezogen haben. Aufmerksam lauschten sie den Ausführungen des Kollegen Wegel, der die Unterstützung und ihre Bedeutung für die städtischen Arbeiter hervorhob. Einige Resolutionsanträge waren zu verzeichnen.

**Wernigerode.** Am 15. Februar fand unsere Mitglieder Versammlung im Kollege Krichhoff teilte mit, daß in Tallurgen eine Anzahl Kolonnen unserem Verbande beigetreten sind. Als Delegierter zur Konferenz nach Stendal wurde Kollege Krichhoff gewählt. Gauleiter Wachtendorf referierte dann über die Kulturarbeiten der Gewerkschaften.

## Rundschau

**Zunertliche Janikaren.** Am 17. Februar tagte im großen Saal des Landesvereins eine der „berühmten“ Jahresversammlungen des Bundes der Landwirte. Die Schornmaderreden der Herrn Kardorf und Korforsen aus dem Reichstag und Bremerhause wurden hier in barocker Form von den Wingenheimern, auch Hahn, dem unermüdlichen Eidenburg Janikaren u. a. gehalten. War eine „Garde“ des Janikarismus, wenn auch nicht im Titel, haben wir unter den Rednern vermist, den Schwapscher Kretsch. Gleich von vornherein langte der Wellblutjaniker Wingenheim in die Megeitung nach Stuch und Aiden ab, und sich unterstehend hat, einige auzuge Erleichterungen der Landwirtschaft zu schaffen. Er hofft aber nun um so mehr, daß die Regierung doppelt Energie aufwenden wird, dem Geschrei gegen den Kontroll der Unfallversicherungen entgegenzutreten. Selbstverständlich, auch eine Landespersehe, habe anerkant, daß der Landwirtschaftschaden werden müsse. Ich verheie nicht, wie man sich der nach der Sozialdemokratie ihre Beobachtung bezogen auf die Sozialdemokratie, die den armen Arbeiter durch den Verfall des Landes erkennen. Solange unsere Regierung die Bewegung nicht als das nimmt, was sie ist, und es politische Zwecke zu verfolgen gibt, die mit der Sozialdemokratie kollidieren, so eine Bewegung nicht entstehen. Er identische dann gegen die „Kontroll der Unfallversicherungen“, und die im Stall der Regierung „Wahl Schornmader“ gerufen wurde, erklärte er: „Wir haben die richtige Antwort gegeben! Ich stehe aber an unangenehmer Stelle liegen, nicht nur können die Hiesigen nicht in der Lage sein. Wir müssen uns zusammenhalten, um die Sozialdemokratie aufs Haupt zu schlagen.“ In demselben Tag und in der Stunde. Der Parteivorsitzer J. Hahn, der der Gesellschaft nicht gab, hatte sich über die Mitglieder der Bewegung immer in hiesiger Zeitungen, zum Beispiel gegen die Bewegung in der Zeitung, er eine öffentliche Stellung genommen. Die Bewegung richtend im Grund auf die preussische Verfassung. Aber die Bewegung wurde die Bewegung. Der Antrag auf Westpreussische Bewegung wurde angenommen.

Den Vogel schloß natürlich wieder unser „Freund“ v. Eidenburg Janikaren ab. Er ging zunächst auf die neuen Verordnungen ein. Wie bei der letzten Finanzreform die Konventionen das Vaterland herausgeriffen haben, so werden diese auch diesmal die Courage haben, die nötigen Gelder zu beschaffen. Die Stempelsteuer soll dem Reich und die Erbschaftsteuer den Einzelstaaten überlassen werden. Würde die Erbschaftsteuer dem Reich übertragen, so wäre der Anfang von der Expropriation der landwirtschaftlichen Vermögen genommen. Wir wollen Gott danken, so führte Eidenburg aus, daß das preussische Wahrgeld wenigstens zum großen Teil die Sozialdemokraten von der preussischen Volkswirtschaft fernhält. Allerdings bedauerte er das Rollenlassen des Sozialmengenleibes, er kann nicht verhindern, daß die bürgerliche Gesellschaft, ohne mit der Stirn zu stoßen, sich den Terrorismus der Sozialdemokratie und die „systematische Verheerung des Volkes“ gefallen läßt. Da imponieren ihm mehr die Engländer, die jetzt die Prügelstrafe für Züchtler eingeführt haben! Tag nicht das Streikpotenzialen verboten wird, sei ein Produkt der Natur; die Natur aber sei noch niemals ein rechter und guter Arbeitgeber gewesen. v. Eidenburg hofft, daß das preussische Wahlrecht so gelassen wird, wie es ist. — Auf die Arbeiter müssen diese Schornmaderreden ein gewaltiger Ansporn sein, in der Agitation für ihre Organisationen unermüdet fortzuführen. Das Inkarnat in der der Arbeiterbewegung der Arbeiterkraft zu allem bereit. Nur feingebigte, starke Organisationen gewerkschaftlicher und politischer Art können dem Ansturm widerstehen.

**Arbeiterfeinde ringen!** Im Wettbewer um den 1. Schornmaderpreis will der Deutsche Handelstag nicht fehlen. Obwohl die Vertreter der Kaufmannschaft doch alles Interesse an einem kassierten Arbeiterhand haben, wollen sie uns den so schmerzlichen Kampf um Verbesserung durch Ausnahmeweise gegen streikende Arbeiter unmöglich machen. Sie haben mit großer Mehrheit folgende Resolution beschlossen: „Der Deutsche Handelstag hat auf Grund der von ihm bei seinen Mitgliedern veranstalteten Umfrage die Ueberzeugung gewonnen, daß, um den Uebelständen bei Streiks im wesentlichen zu begegnen und die Arbeitswilligen nicht ferner dem Terrorismus der Streikenden in bisheriger Weise auszuweichen, ein ausgiebiger und schneller Schutz der Arbeitswilligen auf gesetzlichem Wege zu schaffen ist.“ Zur Begründung dieser Schornmaderreden wurden nur die gemeinplätzigsten Phrasen beigebracht. Der Meierent, ein Dr. Neuen die Wort aus Holz, machte eingehen, daß etwaige Ausdehnungen streikender Arbeiter auf Grund der bestehenden Gesetze reichlich bestraft werden können. Er zitierte mit Verlagen die drohenden Urteile gegen Streikende im Kulturgebiet, die einen Schutz von Streikbrecher schief angesehen hatten. Er gelang auch, daß ein Verbot des Streikpotenzialens unsinnig und undurchführbar sei, aber er bestrickerte dennoch die Schornmaderresolution und zwar mit Plattfetzen wie die folgende: „Jeder Staatsbürger hat nicht nur das Recht seiner Ueberzeugung, sondern auch die Pflicht, ändern ihrer Ueberzeugung zu lassen. Ein Staat, der in dieser Hinsicht einen Zwang zuläßt, verlegt seine Pflicht.“ Demgegenüber in dran zu erinnern, daß die kaufmännischen Korporationen an Terrorismus das menschenmögliche lernen. Auch gegen die kaufmännischen Angestellten wurde mit einer ebenfallsigen Resolution Kritik gemacht, worin die jetzige Konkurrenzpolitik die vielach eine Infamie ist; aufgehoben wird im Interesse aller Beteiligten“.

**Die Frage des Geburtsrückganges,** die in jüngerer Zeit so lebhaft die öffentliche Meinung beschäftigt hat, wird von dem berühmten Straßener Professor Pallod in der geistreich gehaltenen und inhaltlich, noch einmal vom dem juristischen Standpunkt aus aufgestellt. Pallod vertritt hier einer allzu optimistisch aufzufassung, von die einige Statistiker vertreten haben, die einfach von einem Rückgang der Statistik die Lösung des ganzen Problems erblicken. So sei es nach Straßenermählung zu erwarten, daß Deutschland bei einer gewissen Entzückung seiner Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse in der jetzt gegebenen

Nichtung bis zum Jahre 1920 eine Bevölkerung von über 100 Millionen haben werde. Die Geburtenziffer werde dann 20, die Sterbeziffer 12 pro 1000 Einwohner betragen. Nach Euler sollen wir es in 50 Jahren auf 120 Millionen Menschen gebracht haben. Folled wenn man nach, daß eine Sterbeziffer von 12 pro 1000, wie sie in einigen australischen Ländern tatsächlich existiert, als Ergebnis der normalen Bevölkerungsabnahme nie zu erlangen ist. Bekanntlich ist die Sterblichkeit nicht in allen Altersklassen gleich hoch. Es sterben im ersten Lebensjahre 200 bis 300 pro Tausend aller Geborenen. Dann sinkt die Sterblichkeit rasch und erreicht im Alter von 13 bis 14 Jahren ihr Minimum mit 2 bis 3 Sterbefällen pro Tausend, steigt von hier ab wieder, um im 20. bis 30. Lebensjahre 4 bis 6, im 30. bis 40. 6 bis 8 pro Tausend anzukommen. Erst im 40. Lebensjahre ist die Durchschnittsziffer für die Gesamtbevölkerung erreicht, und erst die 45-jährige hat wieder die Lebensbedingung des Säuglings. Nun läßt sich aber in den Ländern mit besonders niedriger Sterbeziffer eine sehr hohe Einwanderung, infolge deren die lebensmittlichen Altersklassen von 20 bis 40 Jahren mitunter um die Hälfte höher vertrieben sind als dies normalerweise der Fall sein dürfte. Hieraus erklärt sich mit zum guten Teil die niedrige Sterbeziffer dieser Länder. Um unter normalen Verhältnissen eine Sterbeziffer von 12 pro Tausend zu erreichen, müßten die Menschen, unter der Voraussetzung, daß Sterbe- und Geburtenziffer bei der Waise liegen, die Fortdauer also nationaler Weise, im Durchschnitt 81 Jahre alt werden. Man braucht, um dies zu finden, nur 1000 Jahre 12 zu dividieren. Das ist ein, auch für die hohe Hygiene und Sozialreform, wenigstens nach unseren heutigen Begriffen und Anschauungen, unerreichbares Ziel. Dabei bedarf es keines Zweifel, je größer der Geburtenüberschuss, je höher also das Heranwachsen der jüngeren Altersklassen, um so geringer braucht freilich das Durchschnittsalter zu sein, um eine solche Sterbeziffer zu erreichen. Aber eben diese Geburtenziffer, die den Bestand der Gesamtbevölkerung nachdrücklich nicht in den Höhe heranziehen, wie dies vielleicht durch die tatsächliche Vermehrung der Sterblichkeit bedingt wäre. Folled sowohl das an einem Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich. In dem vorerwähnten germanischen Deutschland stand die Sterbeziffer im Jahr 1891 bis 1900 nur um 3 Prozent über der des germanischen Frankreichs, während die tatsächliche Sterblichkeit auf eine homogene gedachte Bevölkerung berechnet um 112 Prozent höher war. Frankreichs Bevölkerungsbewegung, die heute auf dem letzten Punkt angelangt ist, zeigt uns aber nach Fallades Ansicht wie in einem Jauber- Spiegel unsere eigene Zukunft. Folled bedauerlicherweise erweisen können. Unter Annahme, daß die jetzige absolute Geburtenzahl die absolute Menge werde stand zwei Millionen jährlich, und unter der weiteren Voraussetzung, daß die relative Sterbeziffer sich gleichfalls auf denselben Höhe 24,7 pro Tausend halten werde, würden wir eine maximale Bevölkerungsziffer von 94,7 Millionen erreichen können. Nun hat aber in letzter Zeit nicht nur die eigentliche Fruchtbarkeit, sondern auch die absolute Geburtenziffer einen Aufschwung erlitten. Andererseits sinkt freilich auch die Sterbeziffer. Nehmen wir an, daß für das ganze Reich eine durchschnittliche Lebensdauer, wie sie die statistischen Behörden in keiner Landbevölkerung besitzt, von 70 Jahren zu erreichen wäre (die gegenwärtige durchschnittliche Lebensdauer ist etwa 45 Jahre), und daß die absolute Geburtenziffer wie in Frankreich um 20 Prozent sinken würde, so hätten wir mit einer Maximalbevölkerung von 62 Millionen zu rechnen. Dieses Ergebnis scheint aber Prof. Fallades, besonders vom Standpunkt der kriegsartigen Verteilung des Landes, angesichts der raschen Vermehrung der Klassen, und vor allem der weißen Rassen, sehr bedenklich. Wir können die Bevölkerungs-Fallades nicht im allerersten Maße teilen. Zunächst sehen wir ja mit das einzige Teil eines Landes in einer möglichst raschen Bevölkerung, und damit einer möglichen großen Zahl von Soldaten. Kulturwerte sind hier viel wichtiger. Sodann ist es noch nicht richtig, heute hervortretend Einwanderungsmaßnahmen anzuordnen in die Zukunft zu verlagern. Wir können ja gar nicht wissen, ob die heute bestehende Tendenz, auf Vermehrung der Geburten unter anderen sozialen und politischen Verhältnissen, wie sie das Vordringen des Sozialismus bringen wird, mit einer entsprechenden Flap machen wird.

**Taufschreiben verbieten!** Die katholischen Pfaffen und Priester haben sich in der letzten Zeit entgegen einem Beschlusse der beiden höchsten Instanzen vom Jahre 1896 in letzter Zeit häufig wieder für die Erfüllung ihrer Pflichten einzeln und in corporis Taufschreiben an die Zivilbehörden geschickt. Um nun unnötige Arbeit und eine Belastung der Ämter zu vermeiden, hat der Minister der Reichsjustiz diesen Beschlusse wieder angeordnet, indem er neuerdings den Wunsch ausspricht, es möchte von diesen Taufschreiben Abstand genommen werden. - Das mögen die Taufpäpste und anderen hochwürdigen Mannespersonen im hinteren The schreiben.

### Eingegangene Schriften und Bücher

1813 bis 1819. Von Kutsch nach Karlsbad. Von Franz Wehring, Verlag von J. G. W. Dieck Nachf in Stuttgart. Nr. 26 der kleinen Kutschel. Aus dem Inhalt heben wir hervor: 1. Der Aufruf von Kutsch. 2. Landwehr und Landsturm. 3. Der Frühjahrsfeldzug. 4. Der Kutschelstand. 5. Der Herbstfeldzug. 6. Der Winterfeldzug. 7. Der Friede von Paris. 8. Der Wiener Kongress. 9. Die hundert Tage. 10. Der Deutsche Bund. 11. Die Karlsbader Beschlüsse. 12. Ergebnisse. Preis broschiert 75 Pf., geb. 1 M. Vereinspreis 50 Pf.

Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands, dargestellt im Spiegel der gegenwärtigen Rechtsprechung von Art. Naab. Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Ein Beitrag zur Beurteilung der Lage der deutschen Landarbeiterschaft. Von Georg Schmidt. Herausgegeben vom Deutschen Landarbeiterverband, Berlin EC 16, Michaelstr. 1, Kommissionsverlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin EC 6, Lindenstraße 69. Preis pro Exemplar 2 M. für Partei und Gewerkschaften Mitglieder bei direkter, mit Transmissionsstempel versehenen Bestellung beim Deutschen Landarbeiterverband unter Vereinfachung des Betrages oder Kassenanweisung zum Preis von 10 Pf. pro Exemplar. Die erwähnte Schrift trägt in übersichtlicher Weise das Material zur Beurteilung der rechtlichen Verhältnisse im Verhältnisse der Land- und Forstarbeiter zusammen. Das überlebte Gesinde und Landarbeitertum wird an Hand der zahlreichen in Geltung befindlichen Gesindeordnungen, der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts über den Dienvertrag und der Strafbestimmungen und Strafsache als die Quelle der maßlosen Unterdrückung der landwirtschaftlichen Arbeiter aufgezeigt. Die jährlich beigegebenen Gerichtsentscheidungen geben dem Lesenden weit über den Rahmen einer Zeitschrift hinaus den Wert eines Nachschlagewerkes zur Beurteilung des Gesinde und Landarbeitertums. Das Buch schließt mit der programmatischen Auffassung der Landarbeitervorordnungen an die Gesetzgebung. Die zweite Schrift schildert in allgemeinen Umrissen die Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Zur Grundlage wurden eine größere Anzahl schriftliche Arbeitsverträge benutzt, an Hand deren in eingehender Weise die heutige Gestaltung des landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisses in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit usw. nachgewiesen wird. Ein dieser Abhandlung wird die agrarische Sozialarbeit von den neuen und gewöhnlichen Verhältnissen der landlichen Arbeiter kühn gestiftet. Beide Abhandlungen bieten allen denen, die sich um die Lösung der Lage der landlichen Arbeiter wahrhaft bemühen, ein reiches Material zur Beurteilung der tieftraurigen rechtlichen Lebenslage des landlichen Proletariats.

Wenn der Niele ruht (Le Grand au Repos), gezeichnet von dem belgischen Maler A. Van der Werf, ist ein den letzten Vegetarierzeit im Nubredien allgerisch darstellendes Muralbild in Darbenrud, das infolge vielerlei Wünsche von dem Verlag der „Arbeiter Zeitung“ in Dortmund, (Gef. u. Co., G. m. b. H., hergestellt und zum Preise von 30 Pf. zu beziehen ist.

### Die Jansen zum 1. April einen tüchtigen Ortsbeamten,

der zur Zeituna unserer Ämter feilschaft, rednerisch gewandt ist und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Anforderungsbild: 200 M.; jährliche Entlohnung 100 M. Bewerber, die eine ähnliche Stelle bereits bekleidet haben, werden bevorzugt. Eventuelle Dienstjahre werden angerechnet. In dem Bewerbungsanschreiben ist die Preisung der Tätigkeit in der Arbeiterbewegung anzugeben.

Schreibschriftliche Bewerbungen sind bis zum 10. März an den Hilfsvorstand Köln, Severinsstraße 197, Zimmer 12, einzusenden.

Totenliste des Verbandes.	
<b>Johann Vornhaeren, Sehe</b> Manalarbeiter † 7. 2. 1913, 56 Jahre alt.	<b>Johann Bantel, Wörzheim</b> Manalarbeiter (Ziefbau) † 18. 2. 1913, 42 Jahre alt.
<b>Hermann Klamm, Karlsruhe</b> Anwalde † 11. 2. 1913, 49 Jahre alt.	<b>Ludwig Meyer, Sehe</b> Straßenarbeiter † 18. 2. 1913, 32 Jahre alt.
<b>Karl Stelmeyer, Göttingen</b> Sohlenmonteur † 16. 2. 1913.	<b>G. A. Schüle, Dresden</b> Arbeiter (Zufuhlabelney) † 19. 2. 1913, 60 Jahre alt.
<b>Adam Müller, Nürnberg</b> Arbeiter (Stadtmärker) † 18. 2. 1913, 37 Jahre alt.	<b>Georg Hoffmann, Heilbronn</b> Gasarbeiter (Gastwerk) † 21. 2. 1913, 48 Jahre alt.

(Ehre ihrem Andenten!)

Verlag: In Vertretung der Redaktion bei G. Schmidt, 21. Friedrichstraße, Berlin W. 9, Buchh. Loh. 26. Druck: Friedrich Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Carl Dreyer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.